



Kolping

## Abschlussbericht zum Modellprojekt

**„Wie müssen die Bereiche  
Jugendverbandsarbeit und  
Jugendsozialarbeit zusammen-  
arbeiten, um rechtsextreme  
Tendenzen bei Jugendlichen  
zurückdrängen zu können?“**

**Kölner Schriften** des Kolpingwerkes Deutschland

**Band 19**



## Vorwort

Wir legen den Abschlussbericht des Modellprojektes „Wie müssen die Bereiche Jugendverbandsarbeit und Jugendsozialarbeit zusammenarbeiten, um rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen zurückdrängen zu können?“ vor. Das Modellprojekt war organisatorisch bei der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) angesiedelt. Die Projektlaufzeit begann im April 2017 und endete im Dezember 2019. Das Projekt wurde über das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. Geleitet und verantwortet wurde das Modellprojekt von Dr. Victor Feiler, Referent für Gesellschaftspolitik im Bundessekretariat des Kolpingwerkes Deutschland.

Einige der Projektergebnisse werden die fachliche Debatte befördern. Es hat sich u.a. gezeigt, dass die Finanzierungsbedingungen im Bereich der Jugendverbandsarbeit sowie in der Politischen Bildung, vor allem aber bei Ausschreibungen der Agentur für Arbeit, verstärkt auf die besondere Situation von benachteiligten und dem rechten Milieu zugewandten Jugendlichen neu ausgerichtet werden müssen. Der Abschlussbericht kommt jedoch noch zu weiteren weitreichenden Schlussfolgerungen.

So ist mit Blick auf mögliche Präventionsansätze die Zusammenarbeit zwischen Schule, Jugendverbandsarbeit und Jugendsozialarbeit sowie Jugendämtern zu verstärken. Hierfür sind die finanziellen und organisatorischen Voraussetzungen und Bedingungen zu schaffen. Im Abschlussbericht werden dazu eine Reihe weiterer Probleme sowie entsprechende Lösungsansätze aufgezeigt.

Angesichts der Gefährdungspotenziale durch rechtsaffine Jugendliche ist – das zeigt auch dieser Abschlussbericht eindrucklich – zugleich ein Paradigmenwechsel in der Förderpolitik angezeigt.

Ulrich Vollmer  
Bundessekretär

Köln, den 20. Mai 2020

# Inhaltsverzeichnis

Seite	
<b>8</b>	<b>1. Rahmenbedingungen</b>
	1.1. Personaleinsatz
	1.2. Personelle Situation seit dem 20. Oktober 2018
	1.3. Organisation
<b>9</b>	1.4. Projektziel
<b>10</b>	<b>2. Sozialraumanalyse: Politisch-kulturelle Kennzeichen und Verhaltensweisen in der Region</b>
	2.1. Rechtes Klima beherrscht den öffentlichen Raum
<b>12</b>	2.2. Verstetigung einer antidemokratischen Grundhaltung schon nach der „Wendezeit“
<b>13</b>	2.3. Rechte und Linke in der öffentlichen Wahrnehmung
	2.4. Rechtes Meinungsklima dominiert den öffentlichen Raum
<b>14</b>	2.5. Intellektualisierung der rechten Szene
	2.6. Einstellungen und Ordnungsvorstellungen gegenüber und bei Polizei und Ämtern
<b>17</b>	2.7. Öffentliche Stimmungslagen: Homogene Gemeinschaften reklamieren Besitzansprüche
<b>18</b>	<b>3. Schule und Ausbildung</b>
	3.1. Schule: Problematiken
<b>19</b>	3.2. Schule und Kooperation mit Jugendsozialarbeit und Jugendverbandsarbeit
	3.3. Bis zum Ende der Schulzeit gefangen im Frustrationsmilieu
<b>20</b>	3.4. Situation an allgemeinbildenden Schulen
<b>22</b>	3.5. Situation der schulpflichtigen Jugend und Jugendverbände

- 25 4. Projektverlauf: Schwerpunkte und Herausforderungen**
- 4.1. Erfassung der Leitungspotenziale
  - 4.2. Kontaktaufnahme
  - 26 4.3. Verstetigung der Beziehungen
  - 27 4.4. Aufbau einer Plattform
  - 28 4.5. Zielgebiete und beteiligte Organisationen
  - 4.6. Kolpingjugend als initiativer Kooperationspartner
- 30 5. Umsetzung der Projektziele**
- 5.1. Methoden der Zielerreichung
  - 5.2. Kennzeichen der Maßnahmen: Aspekte und Konsequenzen
  - 33 5.3. Teil- und Zwischenergebnisse
  - 5.3.1. Vorkenntnisse und pädagogischer Ansatzpunkt: Konsequenzen für die Jugendverbandsarbeit
  - 34 5.3.2. Auswirkung auf die Gestaltung der Jugendverbandsarbeit
  - 35 5.3.3. Strukturen im Handlungsfeld: Diversität als Herausforderung
  - 36 5.3.4. Soziokulturelle Partizipation versus politische Bildungsangebote
  - 37 5.3.5. Probleme beim Zugang zu rechten Jugendlichen
- 39 6. Handlungsfelder**
- 6.1. Gegebenheiten und Herausforderungen
  - 41 6.2. Strukturelle Bedingungen für eine gelingende Kooperation zwischen Jugendverbandsarbeit und Jugendsozialarbeit
  - 43 6.3. Probleme bei der Maßnahmenplanung: Beispiel
  - 44 6.4. Erfolge der aktiven Radikalisierungsprävention: Beispiel
  - 45 6.5. Konflikte, die bei Maßnahmen und Veranstaltungen auftreten können
  - 6.6.1. Unterschiedliche Verantwortungsniveaus
  - 6.6.2. Unterschiedliche Erwartungshaltungen
  - 6.6.3. Sozialisationsbedingte Konflikte
  - 46 6.6.4. Öffentliche Sanktionierungstendenzen

Seite	
46	6.6.5. Herausforderungen bei der Arbeit mit Geflüchteten
	6.6.6. Beispiel Finanzierungsproblem: Zusammenarbeit JVA und JSA
47	6.7. Organisationsstrukturelle Probleme
48	6.8. Geschlossene Milieus
<b>50</b>	<b>7. Generelle Herausforderungen</b>
	7.1. Herausforderungen auf Seiten der Jugendverbandsarbeit
51	7.2. Herausforderungen auf Seiten der Jugendsozialarbeit
	7.2.1. Systembedingte Verhaltensabhängigkeiten
52	7.2.2. Systembedingte Themenabstinenz
<b>54</b>	<b>8. Auswertung und weiterführende Hinweise</b>
	Vorbemerkung
55	8.1. Ergebnisse von bundesweiter Bedeutung: Forderungen und Konsequenzen
	8.1.1. Mangelndes Problembewusstsein bis hin zur Problemverleugnung
	8.1.2. Sperriger Zugang zu einem unpopulären Thema: Unsicherheiten abbauen
	<b>8.2. Politische Bildung</b>
56	8.2.1. Politische Bildung: Paradigmenwechsel angesagt
	8.2.2. Politische Bildung nicht hinreichend auf rechtes Klientel ausgerichtet
	8.2.3. Politische Bildung für rechtes Klientel öffnen
57	8.2.4. Zugangsprobleme und strukturbedingte Probleme der Politischen Bildung
	8.3.5. Vernachlässigte Zielgruppe: die Logik der öffentlich geförderten Politischen Bildung
58	
<b>59</b>	<b>9. Jugendsozialarbeit / Jugendberufshilfe und Bundesagentur für Arbeit</b>
	9.1. Einrichtungen der Jugendberufshilfe: Inkompatibilitäten in der Praxis
	9.2. Kein Bestandteil der Ausbildung in Einrichtungen der JSA

- 60 9.3. Ausschreibungspraxis der Bundesagentur an neue Gegebenheiten anpassen
- 9.4. Strukturelle Veränderungen in der Förderpolitik angesagt: Pflicht- statt Kürleistungen in Einrichtungen der JSA
- 61 9.5. Konsequenzen für die Ausschreibung von Maßnahmen der Agentur für Arbeit: Besonderer Akzent bei Einrichtungen der Jugendberufshilfe
- 62 10. Politische Bildung im Kontext beruflicher Qualifizierung**
- 10.1. Herausforderungen für JSA und JVA: Grenzen
- 63 10.2. Kooperation von Einrichtungen und Ämtern
- 64 11. Fortbildungskonzepte**
- 11.1. Unterschiedliche Anforderungen
- 65 11.2. Unterschiedliche Zielgruppen und Herausforderungen
- 66 11.3. Fortbildungsbedarf bei Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern
- 68 12. Prävention: Paradoxe Effekte**
- 71 13. Drei Dimensionen von Problemlagen / Herausforderungen**
- 72 13.1. Soziokulturelle Dimension
- 13.2. Kompetenzorientierte Dimension
- 13.3. Strukturelle Dimension
- 73 14. Ausblick: Aufbau eines Netzwerkes und Kooperation mit Fachhochschulen**
- 74 15. Literatur**
- 75 15.1. Monographien
- 15.2. Links
- 15.3. Briefe: Öffentliche Angelegenheiten
- 15.4. Interviews

# 1. Rahmenbedingungen

## 1.1. Personaleinsatz

Das Modellprojekt war personell wie folgt ausgestattet: Eine halbe Stelle (20 Stunden/Woche, pädagogische Mitarbeiterin) und eine Stelle im Umfang mit 10 Stunden/Woche (Projektleitung).

## 1.2. Personelle Situation seit dem 20. Oktober 2018

Die Mitarbeiterin des Projektes ist seit dem 20. Oktober 2018 erkrankt. Der Projektleiter übernahm Aufträge unter veränderten Rahmenbedingungen. Ab Januar 2019 wurde auf Minijob-Basis eine neue Mitarbeiterin für die erkrankte pädagogische Mitarbeiterin eingestellt.

## 1.3. Organisation

Die Projektleitung (Köln) und die pädagogische Mitarbeiterin (Heiligenstadt, Erfurt) haben sich in der Regel zweimal pro Monat zu Zielplanungsgesprächen getroffen. Dabei wurden zum einen der Erfahrungen Ziele auf Grundlage des Projektantrages operationalisiert. Zum anderen wurden Reflexionsgespräche nach vorgefassten Mus-



tern geführt. Auswertungen von qualitativen Interviews wurden gemeinsam vorgenommen.

## 1.4. Projektziel

Ziel des Projektes war es, die Voraussetzungen für eine Kooperation der beiden Systeme Jugendsozialarbeit (JSA) und Jugendverbandsarbeit (JVA) zu erfassen im Handlungsfeld rechte Jugend. Daraus leiten sich mehrere Unterziele ab: Neben der Sicherstellung der Partizipation der Projektteilnehmenden sollen v.a. Integrationshürden erfasst werden. Hierzu zählen auch die gesellschaftlichen Hürden der Integration von Geflüchteten. Ferner der Umgang mit rechtsfixierten und rechtsextrem agierenden Jugendlichen und die Erfassung der diesbezüglichen Hürden bei der Präventionsarbeit.

## 2. Sozialraumanalyse: Politisch-kulturelle Kenn- zeichen und Verhaltens- weisen in der Region<sup>1</sup>

An dieser Stelle wird eine Beschreibung der Situation in der Modellregion vorgenommen. Sie soll einen hermeneutischen Eindruck vermitteln von den sozioökonomischen sowie den gesellschaftspolitischen wie soziokulturellen Bedingungen und Gegebenheiten. Die Beobachtungen beziehen sich auf die ausgewählte Region und sind daher nicht unbedingt auf andere Regionen übertragbar. Dennoch geben sie ein beispielhaftes Bild ab, insbesondere für die Art der Wirkungen und Verhaltensweisen in der Gesellschaft. Zur Beschreibung mit dem Fokus auf die Problemstellung „rechter Jugendlicher und ihr Umfeld“ wurden neben der Beobachtung auch qualitative Interviews geführt mit Vertreterinnen von Grund- und Regelschulen, Einrichtungen der Jugendsozialarbeit, der Polizei, von Ämtern für öffentliche Ordnung und Jugendverbänden<sup>2</sup>.

### 2.1. Rechtes Klima beherrscht den öffentlichen Raum

Politisch interessierte Beobachter und Kenner der Situation der Jugendszene in der Region nennen Ordnungswidrigkeiten und Straftaten von Jugendlichen, wie etwa Hackenkreuzschmierereien, als von der Gesellschaft weitgehend akzeptierte Formen „jugendlichen Übermutes“. Es herrscht weitgehend ein Klima der Akzeptanz gegenüber rechtsaktiven Jugendlichen. Hackenkreuzschmierereien an Hausfassaden etwa werden als Sachbeschädigung zur Kenntnis ge-

nommen, aber weniger bis gar nicht als politisch zu bewertende Straftat aufgefasst. Auch Vertreter der Ordnungsbehörden und Polizei stufen in der Regel diese Vergehen eher als vernachlässigbare Handlungen ein. In diesem Klima entsteht in der Folge kaum Abschreckungspotenzial. Rechte Jugendliche sehen sich durch die vorwiegend apathische Haltung von Behörden und Polizei gegenüber rechten Straftatbeständen eher in ihrer rechten Haltung und Gesinnung bestätigt.

Die Polizei sieht in derartigen Straftatbeständen oftmals lediglich eine Sachbeschädigung und weniger eine Straftat. Dieser Akt der Verharmlosung geht auch offensiv von den polizeilichen Ordnungskräften aus und bestimmt somit ebenfalls das entsprechende öffentliche Klima. Jene Bürgerinnen und Bürger, die rechte Akte (Nazi-Parolen etc.) im öffentlichen Raum zur Anzeige bringen, geraten oftmals in Rechtfertigungsdruck. Sie müssen ihrerseits mit Anzeigen rechnen und sind darüber hinaus nicht selten Formen der Verleumdung ausgesetzt: Bürgerinnen und Bürger, die rechte Straftaten öffentlich machen und zur Anzeige bringen geraten auch in den Focus rechter Gruppen: Wie diese die Privatadressen von Menschen mit linker politischer Orientierung erhalten, bleibt offen und ist problematisch. Nicht selten sind Drohungen über die Neuen Medien bis hin zu Morddrohungen gegeben. Damit entsteht ein Klima rechter Hegemonie. Eine Hemmschwelle, unterschiedliche rechte Straftaten zu unterlassen, ist somit kaum aus Sicht von gefährdeten Jugendlichen gegeben! Bestätigt wird in diesem Zusammenhang, dass rechte Hegemonie auch deshalb Platz greifen kann, weil keine oder nur schwach ausgeprägte zivilgesellschaftliche Strukturen vorhanden sind. Dies führt auch dazu, dass etwa polizeiliche Maßnahmen sich anlehnen und getragen werden von einer Einstellung und öffentlich dominanten Stimmung, die Widerstände gegen rechte Umtriebe sogar als „kulturellen Angriff auf die heimische Lebenskultur“ auffasst. Jene, die rechte Verstöße und Umtriebe bei der Polizei anzeigen oder offensichtliche Maßnahmen wie „Racing Profiling“ anmahnen, stehen unter besonderem Rechtfertigungsdruck.<sup>3</sup>

## 2.2. Verfestigung einer antidemokratischen Grundhaltung schon nach der „Wendezeit“

Als ein Grund für die Hegemonie rechter Denkweisen im öffentlichen Raum kann die sich bereits in der „Nachwendezeit“ verfestigte Übernahme postsozialistischer kultureller Verhaltensweisen genannt werden. Insbesondere der „verordnete Antifaschismus der DDR/SED“ hat nicht nur zu einer ungenügenden Aufarbeitung tatsächlicher Ursachen der Geschichte des Nationalsozialismus ursächlich beigetragen. Eine tiefere oder auch nur oberflächliche Kenntnis des Grundgesetzes und der Demokratie als Staatsform blieb weitgehend aus<sup>4</sup>. Demokratie wurde daher oftmals nach der Wende gleichgesetzt mit den realen politischen und v.a. wirtschaftlichen Gegebenheiten wie Arbeitsplatzverlust. Freiheit wurde weniger als Chance, sondern eher als Bedrohung aufgefasst angesichts von erheblichen wirtschaftlichen und persönlichen Brüchen und Umbrüchen. Im Gegenteil: Die vermeintliche „Sicherheit“ der DDR in vielen Bereichen (Arbeitsplatz etc.) schien im Nachgang als das weitaus „attraktivere“, weniger die persönliche Situation bedrohende System.

Auch in der DDR gab es Rassismus bis in die Alltagskultur hinein.<sup>5</sup> Das ausgeprägte „Freund-Feind Denken“ in der DDR („Arbeiter- und Bauerstaat versus Klassenfeind“) wurde als Denkhaltung in die Übergangsphase nach der Wendezeit „hinübergerettet“. Das Kennzeichen einer pluralen Demokratie und die daraus resultierende öffentliche Kultur konnte sich nur unzureichend entwickeln. Ein Arbeitsplatzverlust bestätigte diese „Entweder - Oder“-Haltung. Dieses Klima der „Rette sich, wer kann“-Stimmung, was die eigene persönliche Situation betraf, hat eine demokratische und zivilgesellschaftliche Kultur nur schwer entstehen lassen!

Menschen waren in dieser Situation des „Auf-sich-selbst-zurückgeworfen-Seins“ überlastet. Soziologisch und psychologisch begründbar sind dann verschiedenen Formen der Deprivation!<sup>6</sup> Diese Grundstimmung war prägend auch für die Jugend! In der Konsequenz entstand ein Klima der Angst, der kulturellen Verrohung, des Wettbewerbs und der Verdrängung statt der Solidarität: Jugendliche erlebten ihre erwerbslosen Eltern als „Versager“.

### 2.3. Rechte und Linke in der öffentlichen Wahrnehmung

Grundsätzlich wird offensichtlich in der Bevölkerung die Gefahr, die von rechtsgerichteten Jugendlichen ausgeht, als weitaus harmloser betrachtet, als die von linken Jugendlichen. Linke fallen oftmals durch Widerstand und Aktionen gegen Polizeikräfte auf (was Rechte in der Regel nicht praktizieren). Immer wieder wurde die Frage laut, was denn „endlich gegen die Linke getan werde und warum man sich bei der Strafverfolgung nur auf die Rechten konzentriere“. Zudem herrscht noch immer ein grundsätzliches Misstrauen vor gegenüber Linken: „Links“ wird mit Kommunismus und DDR gleichgesetzt.

Die rechte Szene ist heterogen strukturiert. Es existieren vorwiegend geschlossene Gruppen, allerdings auch öffentlich bekannte Einzelpersonen, die in der Lage sind, rechtskonforme Stimmungen zu erzeugen. Sie können als Vorfeldorganisationen der AfD aufgefasst werden. Andere agieren eher in internen Zirkeln, die nicht unbedingt die Öffentlichkeit suchen. Jugendverbände haben große Probleme, das Thema „rechte Jugend“ zu problematisieren, auch, weil ihnen zeitliche Ressourcen und Fähigkeiten für eine inhaltliche Auseinandersetzung fehlen.

### 2.4. Rechtes Meinungsklima dominiert den öffentlichen Raum

Auch in öffentlichen Einrichtungen und Ämtern wird das Gefahrenpotenzial, das von rechten Jugendlichen ausgeht, zum Teil wider besseres Wissen nicht gesehen oder bewusst verleugnet. Es fällt auf, dass das Thema insgesamt in seiner Breite nicht als Gefahrenpotenzial wahrgenommen oder verleugnet wird. Die Situation ist zum Teil derart vorurteilsverfahren und signifikant, dass überlegt werden muss, wie eine öffentliche Sensibilisierung erfolgen kann. Der öffentliche Raum unterliegt in vielen Gegenden einem dominanten rechten Interpretations- und Meinungsklima, so dass ein of-

fener Umgang – auch in öffentlichen Stellen – mit dem Thema rechte/rechtsextreme Jugend nicht mehr möglich erscheint!

## 2.5. Intellektualisierung der rechten Szene

Ebenfalls von Bedeutung ist, dass es zu einer Intellektualisierung der rechten Jugendszene gekommen ist. Das führt dazu, dass sich insbesondere ehrenamtliche Leitungskräfte in Jugendverbänden scheuen, das Thema in ihre Angebote aufzunehmen. Die gleiche Tendenz ist bei Einrichtungen der Jugendsozialarbeit festzustellen. Damit wird die Arbeit auf Prävention reduziert. Bestimmte Jugendliche sind nicht mehr erreichbar. Die rechte Szene schließt sich in eigenen geschlossenen Zirkeln zusammen. Dadurch entsteht oftmals der Eindruck, dass die rechte Szene die öffentliche Kultur dominiert!

## 2.6. Einstellungen und Ordnungsvorstellungen gegenüber und bei Polizei und Ämtern

Auffallend oft wird betont, dass Angelegenheiten, die Bürgerinnen und Bürger selbst regeln und gestalten könnten, an Ämter und Behörden delegiert werden. Hier zeigt sich in der Bevölkerung ein ausgeprägtes Delegationsbedürfnis öffentlicher Angelegenheiten auf staatliche Stellen; die Redeweise, „da muss doch der Staat was tun“ fällt häufig im Kontext öffentlicher Angelegenheiten bis hin zu eher persönlichen Gestaltungsfragen<sup>7</sup>. Diese Einstellung deutet eine anti-bürgerliche und eher demutsfixierte Haltung an: Nicht der sich durch staatliche Stellen nicht in private und öffentliche Gestaltungsräume hineinreden lassende, selbstbewusste Bürger scheint das offensichtliche Kennzeichen dieser Gesellschaft zu prägen, sondern eher der unterwürfige, die Macht des Staates noch ausbauen wollende Bürger. Inwieweit diese autoritätsfixierte Einstellung noch auf die Sozialisation in der DDR zurückzuführen ist bleibt eine offene Frage.<sup>8</sup> In diesem hegemonialen Stimmungsgebilde schließt sich gleichfalls die Entwicklung zivilgesellschaftlicher und bürgerlicher Strukturen weitgehend aus, respektive kann erst gar nicht entstehen!

Nicht unerheblich ist das unzureichend klare Abgrenzungsverhalten von Mitgliedern der Polizeikräfte gegenüber bestimmten rechten Gruppen oder Einzelpersonen für die Einschätzung des öffentlichen Klimas. Menschen berichteten davon, dass ihnen z.B. von Polizeibeamten nahegelegt wurde, Straftaten von Rechten nicht zur Anzeige zu bringen, aber auch offene Einschüchterung von Polizeikräften gegenüber Bürgerinnen und Bürgern werden bestätigt.

Insbesondere Migrantinnen und Migranten trauen sich nicht, rechte Straftaten gegenüber der Polizei zur Anzeige zu bringen, da sie offen fremdenfeindlich von Polizeikräften behandelt werden. Die Reaktion ist, dass sich Migrantinnen und Migranten keinen Schutz von der Polizei erwarten und durch das tägliche Erleben von verschiedenen Vorurteilen bis hin zum offenen Rassismus von Polizeikräften zurückziehen. Bei Migrantinnen festigt sich dann die Einstellung, dass die Polizei in Deutschland genauso offen rassistisch verhält und reagiert wie in ihren Herkunftsländern, von denen sie u.a. auch wegen autoritärer Polizei und anderer Rechtsverstöße geflohen sind. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass einige Polizeikräfte so ebenfalls zu einer rechtsdominanten Gefährdungslage beitragen. Wieso das Problem der direkten und indirekten Unterstützung von rechten und rechtsextremen Kräften und Gruppen durch Polizeivertreter nicht offensiv und erfolgreich angegangen wird, ist nicht nur aus rechtsstaatlichen Gründen näher in die öffentliche Debatte zu bringen.

Dieses Bild wird durch die Aussage eines Polizisten bestätigt, dass es in der DDR zur Alltagsnorm gehörte, über „Juden Witze zu machen“. Zudem manifestiert sich eine Verhaltensweise, die in der DDR offensichtlich zur Praxis gehörte: Aussagen wie: „Wir haben (in der DDR; der Verfasser) nicht immer nach dem Gesetz gefragt, sondern auch mal spontan den Knüppel rausgeholt und draufgeschlagen, dann war das gut, der Jugendliche ist nach Hause und am nächsten Tag war wieder Ruhe“, zeugen von einem autoritätsfixierten, rechtsstaatfernen Bild bei der Polizei, das auch heute noch bei nicht wenigen normprägend ist. Es sind immer noch die gleiche Polizisten, die heute im Dienst sind wie damals unter DDR-Bedingungen. Eine kulturelle Demokratisierung und v.a. die selbstverständli-

che Einhaltung und das Verinnerlichen von Rechtsstaatsnormen ist vielen Polizistinnen fremd geblieben oder wird sogar abgelehnt! Ein Polizist bestätigt, dass das Handeln nach den Gesetzen oftmals „lässig ist“ und die „einfache und spontane Lösung“ besser<sup>9</sup>! Das ist eine äußerst bedenkliche Einschätzung!

Auch die „Vorgabe“, Diensträume nicht(!) zu „politischen Räumen“ zu machen, dient nicht(!) dem Prinzip der politischen Neutralität, sondern eher der Verhinderung der Problematisierung rechter Straftaten und unterstützt damit eine „Kultur des Wegsehens und der Problemverweigerung“! Gleiche Mechanismen lassen sich auch beim pädagogischen Personal an Schulen feststellen.

Eine Kultur der „Verantwortung für öffentliche Angelegenheiten“ ist in der Bevölkerung auch wegen schwach ausgeprägter zivilgesellschaftlicher Strukturen (beides bedingt sich gegenseitig) kaum erkennbar. Autoritative Verhaltensweisen, die noch sozialisationsbedingt aus der „DDR-Mentalität“ übertragen wurden, bedingen diese Einstellung. Sowohl Eltern als auch Bürgerinnen und Bürger rufen sehr schnell „nach dem Staat“, der hier einzugreifen habe: Eigenverantwortliches Tun ist wenig im Bewusstsein einer kaum ausgeprägten BürgerInnengesellschaft vorhanden! Hier wirken Verhaltensweisen der DDR-Mentalität und haben sich manifestiert.

Die Polizei stellt fest, dass es zwei Wellen der erheblichen Zunahme von rechtsradikal gestimmten Erregungswellen und Gewaltausbrüchen gegeben hat: Nach dem Ende der DDR und nach 2015 mit der Migration von Flüchtlingen. In diesem Kontext hat sich nochmals das gesellschaftliche Klima gegen Ausländer und Migranten aufgeheizt mit teils irrationalen Argumentationsmustern wie „die Ausländer werden absichtlich geschickt, um uns zu unterwandern“!

Ferner bestätigt die Polizei, dass es 2015, vergleichbar mit der Zeit der „Wende 1989“, zu rechtsfreien Zuständen und Zonen gekommen ist.



## 2.7. Öffentliche Stimmungslagen: Homogene Gemeinschaften reklamieren Besitzansprüche

Vertreter verschiedener zivilgesellschaftlicher Vereine bestätigen, dass sie keinen oder nur geringen Einfluss auf gesellschaftliche Stimmungslagen haben. Bestimmte schleichende Radikalisierungstendenzen verfestigen sich, indem sie zum Allgemeingut werden (Parolen wie: „Die Ausländer werden bevorzugt“). Fatal ist, dass keine erkennbar nennenswerte bürgerliche Schicht oder Öffentlichkeit gegen diese Stimmung einwirkt oder gar entgegenwirkt: Dieses Vakuum wird von unterschiedlichen rechten Strömungen gefüllt und erweckt daher den Eindruck „rechts sein ist normal“ Auch und gerade unter Jugendlichen. Jugendliche, die sich dem linken Spektrum zurechnen, sind daher auch das Feindbild einer erwachsenen Mehrheit<sup>10</sup>. Auch Teile des CDU-orientierten Bürgertums sehen in linken Jugendlichen das größere Gefahren- und Konfliktpotenzial! Vertreterinnen und Vertreter von Parteien kritisieren das apathische Verhalten gegenüber rechten Tendenzen und begründen damit einen Beitrag zur Hegemonie rechter Stimmungen und Strukturen.<sup>11</sup>

Verstärkt wird die latente feindliche Grundstimmung gegenüber „Fremden“ durch ein anderes „Phänomen“: Durch die „kulturellen Verharrungsmomente“ insbesondere in ländlichen Räumen mit wenig diversen Sozialstrukturen und jahrzehntelanger identischer soziokultureller Kultur wird jede Änderung im öffentlichen Raum als Bedrohung, zumindest als störend empfunden. Menschen, die nicht gelernt haben oder nicht lernen wollen, auch andere Sozialkontakte einzugehen als die gewohnten, werden die „Fremden“ als nicht dazugehörig und damit als abstoßend empfinden. Man hat nicht gelernt oder kommt nicht von sich aus auf die Idee, dass man keine Allmachtsansprüche auf den öffentlichen Raum hat! Wenn etwa ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger auch den öffentlichen Park nutzen, wird das nicht nur als ‚unrechtmäßige Besitznahme‘ aufgefasst, sondern darüber hinaus die Stadt oder „das dafür zuständige Amt“ aufgefordert, das zu ändern und die betroffenen Menschen, die „nicht zu uns gehören“, zu vertreiben.

# 3. Schule und Ausbildung

## 3.1. Schule: Problematiken

In nicht wenigen Fällen wurde das Thema „rechte/rechtextreme Jugendliche“ entweder als nicht existent betitelt oder die Gefahr als solche nicht in ihrer eigentlichen Dimension erkannt oder auch von Schulleitungen verneint. In der Folge fällt es schwer, für das Thema zu sensibilisieren.

Allerdings wird ebenfalls festgestellt, dass erheblicher Fortbildungsbedarf bei Pädagoginnen und Pädagogen hinsichtlich des Themas „Umgang mit rechten Jugendlichen“ besteht: Schulleitungen beklagen, dass Fortbildungsangebote, gemessen am Problem, nicht hinreichend angenommen werden. Das ist auch darin begründet, dass Fortbildungsangebote zu einem Mehraufwand bei Pädagoginnen und Pädagogen führen und gleichzeitig mit dem Thema keine individuellen „Belohnungsaspekte“ verbunden sind. In der Konsequenz tritt dann das Phänomen der Problemverneinung als individuell legitimierendes Verhalten auf. Lehrerinnen und Lehrer berichteten sogar davon, dass sie wegen ihrer sensiblen Hinwendung zum Thema „rechte/rechtextreme Jugendliche“ von Kolleginnen und Kollegen ausgegrenzt wurden.

### **3.2. Schule und Kooperation mit Jugendsozialarbeit und Jugendverbandsarbeit**

Schulen sehen in einer Kooperation mit Jugendverbandsarbeit und Einrichtungen der Jugendsozialarbeit sehr enge, systembedingte Grenzen: Grund hierfür ist, dass keine win-win-Situation auf beiden Seiten gesehen wird. Als Mangel wird seitens der Schulen ebenfalls die unzureichende strukturelle Anbindung an Jugendverbände gesehen. Einhellig wird von Befragten bestätigt, dass das „Zugehen auf erkannte rechte Jugendliche“ fast unmöglich ist. Sie befänden sich in geschlossenen Kreisen. Weder Jugendverbände noch Schulen erreichen diese Klientel. Das Minimalziel ist Prävention bei den noch erreichbaren Jugendlichen.

### **3.3. Bis zum Ende der Schulzeit gefangen im Frustrationsmilieu**

Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter und Akteure aus dem nur schwach ausgeprägten linksliberalen Milieu beklagen eine „extrem rechtsradikale Tendenz“, gerade bei Jugendlichen unter 18 Jahren. Deren rechtsradikale Einstellungen seien in der Regel zwar nicht unbedingt „ideologisch gefestigt“, jedoch fehle vielen Jugendlichen sowohl eine persönliche Perspektive als auch ein Ort für Selbstbestätigung und Selbstermächtigung. Jugendverbandsarbeit und deren Möglichkeiten sind kaum vorhanden. Selbstorganisation hat dieses Milieu nicht erlernt, sie haben diesbezüglich keine Erfahrungswerte, auf die sie zurückgreifen könnten. Politisch gefärbte Provokationen im öffentlichen Raum sind für diese Klientel oftmals die einzigen Resonanz- und Bestätigungsmöglichkeiten. Die Jugend hat keinen Jugendclub, keine öffentlich finanzierten Räume. Sie prägen als pöbelnde Akteure das Stadtbild. Fallen diesbezüglich rechte Parolen, werden diese kaum beachtet oder wird ihnen kaum widersprochen.<sup>12</sup>

Bis zum Ende der Schulzeit sind Jugendliche „gezwungen“, in diesem eher trostlosen sozioökonomischen Zustand<sup>13</sup> zu verharren. Sie

finden kaum „Ausbruchsmöglichkeiten“: Selbstbestätigungsmöglichkeiten sind kaum vorhanden, man hängt im Milieu der ausweglosen Kleinbürgerlichkeit ohne berufliche Zukunftsaussichten fest. Alle Befragten bestätigen, dass zum Zeitpunkt des Endes der allgemeinen Schulpflicht eine Selektion stattfindet zwischen jenen Jugendlichen, die wegziehen, um eine Ausbildung fern der „Heimat“ zu beginnen, und denjenigen, die diesen Sprung aus dem angestammten Ort und Milieu aus unterschiedlichen Gründen nicht schaffen.<sup>14</sup>

### 3.4. Situation an allgemeinbildenden Schulen

Rechte Tendenzen und Aktivitäten an Schulen gibt es. Allerdings ist aus unterschiedlichen Gründen das Bestreben von Schulleitungen, dagegen offensiv anzugehen, „nicht opportun“. Mit nahezu banaler Verweigerungsrhetorik wie „das bringt nichts“ wird die Nichtreaktion auf rechte Umtriebe „begründet“. Dieses Verhalten seitens der Verantwortlichen deckt sich häufig auch mit dem von Polizeikräften. Entweder sind Lehrerinnen und Lehrer nicht hinreichend auf die Situation vorbereitet, oder es fehlen schlicht der Mut und die pädagogische Verantwortung sowie eine demokratiekulturelle Haltung, entsprechend zu handeln. Kolleginnen und Kollegen, die sich des Themas entsprechend seiner Problematik annehmen, werden zurückgedrängt, ihre Aktivitäten eher verhindert als unterstützt. Eine Reaktion, die nicht dazu beiträgt, ein gesellschaftskritisches Klima und Haltung gegen rechte Verhaltensweisen bei Jugendlichen zu erzeugen.

Auch ein anderer Effekt greift hier oft: Rechte Umtriebe und rechte Vorfälle an Schulen werden auch deshalb nicht öffentlich problematisiert oder angezeigt, weil die Schulleitungen um das „Bild der Schule in der Öffentlichkeit“ fürchten. Auch in diesen Fällen zeigt sich, dass ein rechtshegemoniales Klima herrscht, so dass eine objektive und problemadäquate Behandlung der Rechtsradikalenproblematik verhindert wird.<sup>15</sup>

Lehrerinnen und Lehrer betonen, dass Eltern ihren Erziehungsauf-

trag zunehmend an die Schule delegieren. Einige Lehrerinnen und Lehrer stellen fest, dass diese „Verantwortungsdelegation“ durchaus noch ein Merkmal aus DDR-Zeiten ist: Die Bestrebung, auch für familiäre Angelegenheiten und Aufgaben verstärkt „den Staat und Ämter“ verantwortlich zu erklären, ist aus Sicht von Lehrerinnen und Lehrern stark ausgeprägt!<sup>16</sup>

Lehrerinnen und Lehrer von Grundschulen und Regelschule sprechen von der „gefühlten Zunahme sozialer Probleme bei Schulkindern“; so häufen sich etwa die Auffälligkeiten, die auf eine Vernachlässigung oder sogar Verwahrlosung hindeuten. Rechte Themen werden von einigen älteren Schülerinnen und Schülern in die Schule getragen, im gegebenen Fall aber problematisiert und aufgearbeitet. Allerdings stellen die Lehrerinnen und Lehrer auch fest, dass sie mit vielen Problemen überlastet sind. Fortbildungskurse werden zwar angeboten und auch wahrgenommen (z.B. Einstellung gegen rechte Sprüche etc.). Allerdings zeigt sich auch, dass die Überlastung der Lehrerinnen und Lehrer die Bereitschaft zur Fortbildung eher bremst. Zudem werden bestimmte Weiterbildungsangebote relativ weit entfernt vom Schulort (Jena) angeboten, was ebenfalls nicht zu einer hohen Teilnahmemotivation beiträgt.

An der ausgewählten Schule ist eine Schulsozialarbeiterin angestellt. Sie kann gezielter als Lehrerinnen und Lehrer an die tatsächlichen Probleme von verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schülern herankommen, da sie Vertrauensverhältnisse zu den Schülerinnen und Schülern aufbauen kann. Zudem liegen keine autoritätsbedingten Zugangsschranken vor. Sie hat aber jedoch nach eigenen Angaben zu wenig zeitliche Ressourcen, gemessen an den tatsächlichen Problemlagen!

Die Lehrerinnen betonen, dass der eigentliche Auftrag der Schule, nämlich Wissen zu vermitteln, immer weiter zugunsten von Erziehungsfragen vernachlässigt werden muss; das ist ein alarmierendes Zeichen. Das Jugendamt muss immer häufiger kontaktiert werden. Die Gemengelage und Situation ist nicht unerheblich geprägt von sozialen Konfliktlagen (destruktive Einstellung von Eltern, soziale Probleme der Eltern, Elternhäuser, die ihren Erziehungsauftrag nicht oder nur ungenügend wahrnehmen etc.).

Die Lehrerinnen stellen fest, dass Überforderung (soziale Probleme und auch rechte Provokationen an der Schule) gegeben ist. Der originäre Auftrag der Schule kann nur noch eingeschränkt umgesetzt werden. Jugendämter sind teilweise ebenfalls überfordert. Zum einen angesichts der Anzahl von Fällen von Verwahrlosung etc., andererseits angesichts der „Qualität der sozialen Probleme“! Die Schulämter sind zwar über die jeweiligen Missstände informiert, können jedoch nur begrenzt korrigierend einwirken. In diesem Klima entsteht Konfliktpotential: Insbesondere Schülerinnen und Schüler von Familien, die ihre Erziehungsaufgaben nicht hinreichend nachkommen, sind anfällig für rechte Gruppierungen und Organisationen, weil gerade sie den Schülerinnen und Schülern Orientierung versprechen und Schutzräume für Selbstbestätigung bieten, was sie weder bei ihren Herkunftsfamilien erleben, noch in der Schule geboten bekommen. Soziale Problemlagen sind daher für rechte Hegemoniezonen mitverantwortlich.

Die Lehrerinnen sprechen von einer „kleinen, aber aktiven rechten Szene“, die schwer zu erreichen ist. Die Situation beschreiben sie als alarmierend. Sie bestätigen, wie auch schon andere Befragte, dass v.a. eine kaum wahrnehmbare Zivilgesellschaft das Treiben rechter Zirkel ermöglicht oder sogar befördert.

### **3.5. Situation der schulpflichtigen Jugend und Jugendverbände**

Die Freizeitsituation schulpflichtiger Jugendlicher in der Gegend ist weitgehend prekär. Es existiert kaum eine/keine jugendadäquate Infrastruktur. Schulsozialarbeit endet mit dem Unterrichtsende. Nachmittags sind die Jugendlichen für die Schulsozialarbeiter nicht erreichbar. Insofern stellt sich die Frage, ob Schulsozialarbeit unter diesen Bedingungen überhaupt präventiv wirken kann oder nicht eher Alibi charakter hat. Hierzu passt, dass ein entsprechender Antrag auf Einführung einer Sozialpädagogin über die Stadt vom Stadtrat mit deutlicher Mehrheit abgelehnt wurde mit der Begründung, dafür nicht zuständig zu sein<sup>17</sup>. Die wenigen Vereine, die eine

Plattform für Jugendaktivitäten sein könnten, haben nur sehr begrenzte personelle und finanzielle Ressourcen: sie agieren ausschließlich auf ehrenamtlichem Niveau. Eine auf Dauer ausgerichtete verlässliche Struktur für die Organisation und Durchführung von altersgerechten Aktivitäten ist so nicht möglich! Jugend ist auf sich allein gestellt, sie hat keine oder kaum jugendgerechte öffentliche Kommunikationsorte oder Jugendzentren. Frustrationspotenzial baut sich unter diesen Bedingungen des allgemeinen Mangels oder eher des unzureichenden politischen Willens, jugendgerechte Strukturen über öffentliche Mittel zu schaffen, auf. Die einzige strukturelle Möglichkeit unter diesen Bedingungen ist, über Ganztagschule und ausgedehnte Schulsozialarbeit Anknüpfungspunkte an die jugendlichen Milieus herzustellen. Eine Jugend, die weitgehend auf sich selbst zurückgeworfen ist, ist für rechte Organisationen das Rekrutierungspotenzial schlechthin!

Eklatant sind Erziehungsdefizite bei Jugendlichen: Sowohl Vertreter der Polizei als auch Lehrerinnen und Lehrer bestätigen eine ausgeprägte Haltung unzureichender erzieherischer Unterstützung durch Eltern. Vernachlässigung bis hin zu völliger Gleichgültigkeit gegenüber der Situation der eigenen Kinder werden festgestellt durch Ämter und Polizei. Kinder und Jugendliche in einer derartigen Situation sind in der Konsequenz anfällig und leicht erreichbar für meist rechte Gruppierungen, die jene Form von „Beheimatung und Fürsorge“ versprechen sowie persönliche Anerkennung, die in der Ursprungsfamilie nicht erfahren wird. Besonders „erfolgreich“ sind Rekrutierungen von rechten Organisationen gerade in ländlichen Gegenden<sup>18</sup>, in denen kaum eine jugendadäquate Infrastruktur vorhanden ist, politisch selten durch Kommunen angestrebt wird, Eltern ihre Kinder vernachlässigen und ein kaum etabliertes bürgerliches „Gegenmilieu“ gegeben ist.

Verstärkt wird die Situation der Entstehung konkurrenzlos agierender geschlossener rechter Milieus durch die Tatsache, dass nach dem Ende der allgemeinen Schulpflicht junge Menschen aus ausbildungstechnischen Gründen wegziehen und jene vor Ort bleiben, bei denen sich unterschiedliche Benachteiligungsformen (Ausbildung, Erziehung) konzentrieren. In dieser Gemengelage etablieren

sich besondere Formen von rechter Meinungsführerschaft: Zum einen, weil sich ein bestimmtes Klientel dafür ansprechen läßt. Zum anderen, weil Jugendliche in ihrer persönlichen Ausweglosigkeit genau diese „Meinungsführer“ suchen! Eine explosive Gemengelage ist vorprogrammiert!<sup>19</sup>



# 4. Projektverlauf: Schwerpunkte und Herausforderungen

## 4.1. Erfassung der Leitungspotenziale

Projektschwerpunkt in der Anfangsphase war der Aufbau des beabsichtigten Netzwerkes und der Plattform von Akteuren im Modellgebiet. Hierzu wurden Kontaktgespräche mit ausgewählten Organisationen, Verbänden und Einrichtungen der Jugendverbandsarbeit und der Jugendsozialarbeit geführt. Zudem wurde bei diesen Kontaktgesprächen auch Ziel und Methodik des Modellprojektes vorgestellt.

Ferner wurde bei jedem der potenziellen Verbundpartnern eine Analyse vorgenommen über deren spezifischen Fähigkeiten und Ressourcen sowie die möglichen Ansatzpunkte für eine auf Dauer ausgerichtete Kooperation.

Deutlich wurden die zum Teil eng gesetzten Möglichkeiten seitens verschiedener Träger der Jugendbildung. Kooperation konnte daher fast ausschließlich über Freiwilligenstrukturen angestrebt werden, was in der Konsequenz zu erheblichen Abstimmungsherausforderungen führt.

## 4.2. Kontaktaufnahme

Die Kontaktaufnahme mit relevanten Einrichtungen der Jugendso-

zialarbeit und die Auslotung von Kooperationsbedingungen war mit erheblichem Zeitaufwand, aber auch Zugangsproblemen verbunden. Das galt auch für Vereine und Verbände der Jugendarbeit/Jugendverbandsarbeit. In diesem Punkt wurde deutlich, dass die Motivation, sich an gemeinsam gestalteten Projekten und Maßnahmen zu beteiligen, nicht a priori vorausgesetzt werden kann. Insbesondere Einrichtungen der Jugendsozialarbeit haben wiederholt betont, dass insbesondere das „enge Korsett“ ihrer Lehrgänge und berufsvorbereitenden Maßnahmen kaum Zeit für Kooperationen mit Partnern aus der Jugendverbandsarbeit zulasse.

Hier kann und muss aus fachpolitischer Sicht eine Debatte geführt werden darüber, inwiefern die Bundesagentur für Arbeit bei Ausschreibungen auch Freiräume bei der Maßnahmengestaltung zulässt, um gesamtgesellschaftliche Anliegen behandeln zu können.

Ein weiteres Ziel war die Kontaktaufnahme und Vertiefung der Kooperation mit Vertretern der Wissenschaft: Im Berichtszeitraum ist es gelungen, auf Dauer angelegte Kooperationen mit mehreren Professorinnen herzustellen. Dadurch wurde auch die Qualität der Modellarbeit gesteigert. Im September 2018 fand ein Expertinnengespräch statt, welches als bundesweite Fachtagung geplant war. Insbesondere die sich aus der Modellpraxis ergebenden Fragestellungen finden auf diese Weise einen erweiterten Debattenkreis. Die Erkenntnis ist nicht unerheblich, dass Themen, die im Kontext des Modellauftrages stehen, an Fachhochschulen kaum aufgegriffen werden. Für diesen Expertinnenpool wird eine Institutionalisierung auch über die Modelllaufzeit hinaus angestrebt.

### 4.3. Verstetigung der Beziehungen

Ebenfalls wird eine Verstetigung der Kooperation von Einrichtungen der Jugendsozialarbeit und Verbänden der Jugendarbeit angestrebt. Die bisherigen Erfahrungen belegen jedoch die noch näher zu beschreibenden Hürden dieser Kooperation. Hindernisse liegen zum Teil in der jeweiligen Funktionslogik der Einrichtungen der Jugendsozialarbeit und der Jugendverbandsarbeit begründet. Einerseits

die auf dem Freiwilligenprinzip basierende Jugendverbandsarbeit, andererseits die in enggefassten Vorgaben stattfindende Jugendsozialarbeit, die nur selten am Freiwilligenprinzip ausgerichtete Maßnahmen zulassen.

Der Aufbau eines ständigen Austausch- und Informationsforums ist dabei eine wesentliche Voraussetzung, um die Projektziele zu erreichen. Allerdings sind, wie bereits festgestellt, systembedingte Schranken vorhanden. Das größte Problem ist die Unvereinbarkeit der Arbeitsbedingungen zwischen hauptamtlichen Mitarbeitenden in Einrichtungen der Jugendsozialarbeit und ehrenamtlichen Mitgliedern der Jugendverbandsarbeit. Allerdings existieren auch andere Herausforderungen, die auf kultursoziologische Gegebenheiten zurückzuführen sind.<sup>20</sup>

Im Berichtszeitraum wurden verschiedene Projekte und Maßnahmen durchgeführt, die allesamt auf die Kooperation von Jugendsozialarbeit und Jugendverbandsarbeit ausgerichtet waren. Der Fokus lag von Beginn an auf die Einbeziehung von Geflüchteten und MigrantInnen.

Ferner wurde ein „Runder Tisch Flüchtlingshilfe“ eingerichtet, der versucht, Kontakte mit Migrantinnen und Migranten aufzubauen und sie in die Jugendverbandsarbeit einzubinden.

#### 4.4. Aufbau einer Plattform

Durch bereits langjährig existierende Beziehungen konnte das Projekt innerhalb kurzer Zeit bei AkteurInnen der Jugendverbandsarbeit (JVA) und Jugendsozialarbeit (JSA) bekannt gemacht werden. Auch wenn nicht jeder von ihnen die Problematik bei sich in der Jugendgruppe ausmachen konnte, so stieß der Inhalt jedoch auf großes Interesse.

Um darüber hinaus eine eigenständige und nachhaltige Plattform/ein Netzwerk zu bilden, bedarf es von allen Interessenten einer weitaus größeren Bereitschaft. Es gibt bereits einige langjährige Plattformen, die vor allem dem professionellen Austausch dienen. Könnte man nicht dort die Thematik „Radikalisierungsprävention“

integrieren? Leider zielen diese Plattformen entweder auf Hauptamtliche oder auf Verbände oder dienen einem sehr bestimmten Zweck etc. So muss von den Interessenten verlangt werden, zusätzliche Termine wahrzunehmen.

Trotz der modernen digitalen Medien, die eine schnelle Kommunikation ermöglichen, gestaltet sich der Austausch zwischen drei oder mehr Partnern als sehr herausfordernd. Immer wieder mussten Treffen verschoben werden.

#### **4.5. Zielgebiete und beteiligte Organisationen**

Die Projektmaßnahmen wurden in der Region Eichsfeld und in Erfurt umgesetzt. Dabei entstanden folgende Problemsituationen: In der Region Eichsfeld ist die JSA Infrastruktur schwach ausgestattet. Jugendverbandarbeit findet in einem vorwiegend katholisch geschlossenen Milieu statt. In Erfurt stellte sich die Situation anders dar: Hier gibt es Einrichtungen der Jugendsozialarbeit, allerdings ist andererseits die Infrastruktur in der Jugendverbandsarbeit eher schwach ausgeprägt. Diese Konstellation birgt strukturelle Herausforderungen.

Folgende Kooperationspartner bildeten den Kooperationsverbund: BDKJ, BKJ, Kolping Bildungswerk, Villa Lampe, Jusos, „Toleranz fördern Eichsfeld“, Youth for understanding.

#### **4.6. Kolpingjugend als initiativer Kooperationspartner**

Der Kolpingverband hat im Bundesland Thüringen ca. 520 Mitglieder, davon sind ca. 60 unter 30 Jahren alt und als eigenständige Einheit als Kolpingjugend organisiert. Vor allem stammen sie aus den Landkreisen Eichsfeld und Unstrut-Hainich in Westthüringen sowie dem Saale-Orla-Kreis in Südthüringen. Regelmäßig trifft sich der Diözesanarbeitskreis, bestehend aus ca. 10 Mitgliedern im Alter von 13 bis 30 Jahren, und die gewählte, fünfköpfige Diözesanleitung. Unterstützt wird deren Arbeit von zwei hauptamtlichen Stellen: einer Ge-

schäftsführerin und einer Jugendbeauftragten (beide Stellen umfassen keine 100 %). Der Großteil der Jugendlichen stammt aus dem ländlichen Raum, wo sie in der Regel ihren Realschul- oder Gymnasialabschluss anstreben, um dann für die Lehre oder das Studium wegziehen zu müssen. Viele sind an den Wochenenden und zu Feiertagen in der Heimat, wenn möglich, kehren einige nach Abschluss der Ausbildung dauerhaft dahin zurück.

Das Eichsfeld ist stark religiös geprägt. Rund 80 % der Bevölkerung sind Katholiken, welche ihren Glauben aktiv in kirchlichen Traditionen und Veranstaltungen ausüben. Trotz guter infrastruktureller Anbindung bietet der regionale Arbeitsmarkt nur geringe berufliche Perspektiven, sodass viele Eichsfelder gezwungen sind, im benachbarten Göttingen, Kassel oder weiter entfernt im Westen eine Anstellung zu suchen. Aus diesem Grund gibt es in der Region auch wenig Neubürgerinnen und -bürger, wodurch die gesellschaftlichen Strukturen relativ homogen bleiben.

Trotz der vergleichsweise geringen Mitgliederzahlen zeichnet die Kolpingjugend DV Erfurt ein reges Verbandsleben wie auch gesellschaftliches Engagement aus. Geprägt ist die Arbeit vor allem durch die, seit 2011 bestehende, Partnerschaft mit einer Jugendgruppe in der Ukraine. Bei beinahe jedem Treffen des Diözesanarbeitskreises beschäftigt sich dieser mit den jährlich stattfindenden Begegnungsreisen und Hilfsprojekten. Dazu kommen diverse Wochenend- und Tagesveranstaltungen in eigener Trägerschaft oder als Mitorganisator, vorrangig sind dies jugendkirchliche Veranstaltungen. Das gesellschaftlich-soziale Engagement beinhaltet in den letzten Jahren Bildungsveranstaltungen, aber auch praktische Arbeit. So kümmerte sich die Kolpingjugend über mehrere Jahre um eine alte, alleinstehende Frau und seit 2015 fanden mehrere Veranstaltungen mit jungen syrischen Geflüchteten statt.

# 5. Umsetzung der Projektziele

## 5.1. Methoden der Zielerreichung

Es wurden in der Startphase unterschiedliche Methoden eingesetzt. Zu Beginn des Projektes wurden mit verschiedenen möglichen Partnern (Plattform) Gespräche geführt, um Informationen über bereits existierende Projekte, aber vor allem über Bedarfe und Probleme zu sammeln. Die Grundidee des Projektes stieß bei allen Gesprächspartnern zunächst auf Interesse, gleichzeitig wurde die Bedeutung des Projektanliegens seitens der befragten Organisationen bestätigt.

## 5.2. Kennzeichen der Maßnahmen: Aspekte und Konsequenzen

Es wurde eine Veranstaltungsreihe entworfen, bei der Jugendliche für Jugendliche Angebote schaffen. Entsprechend den Projektzielen sollten dabei Jugendliche aus der Jugendverbandsarbeit, der Jugendsozialarbeit und besonders Migrantinnen und Migranten kooperieren. Hier werden erfahrungsbasierende Aspekte dargelegt und daraus sich ergebende Aspekte problematisiert/Ergebnisse genannt:

- Die Jugendlichen sollten lernen, Verantwortung für eine kleine Gemeinschaft zu übernehmen. Sie waren eingebunden in die Planung und Durchführung, die Inhalte, die Gestaltung und eigenständige Bewerbung der Veranstaltungen.
  - Der Erfolg hängt maßgeblich vom Einsatz jedes Einzelnen ab. Diese Erfahrung liegt in der Regel bei Jugendlichen in Einrichtungen der Jugendsozialarbeit nicht vor. Hier liegt das systembedingte Problem.
  
- Jugendliche, die Mitglied eines wertebasierenden und weltanschaulichen Jugendverbandes sind, können in der Regel auf Mentalitäten zurückgreifen, die bei Jugendlichen in Einrichtungen der Jugendsozialarbeit nicht in Gänze vorausgesetzt werden kann.
  
- Die unterschiedlichen Milieus, aus denen sich die Jugendlichen rekrutieren, und die unterschiedlichen Verhaltensweisen und sozialen Befindlichkeiten wirken sich hemmend auf eine gemeinsame Planung von Veranstaltungen aus
  
- Bei gemeinsamen Veranstaltungen wurden zunächst pädagogische Maßnahmen zum gegenseitigen Verständnis entwickelt und der gemeinsamen Planung von Veranstaltungen vorgelagert.
  - Kulturelle Unterschiede, führen oftmals auch zu unterschiedlichen Betrachtungsweisen und Wertungen bei gemeinsamen Veranstaltungen. Deutlich wird ebenfalls, dass Migrantinnen und Migranten, die eine Ausbildungsstelle gefunden haben, nicht mehr oder nur selten auf offene Angebote der Jugendverbandsarbeit zurückgreifen oder sich für eigenverantwortlich geplante Maßnahmen gewinnen lassen.
  
- Nur über den Zugang von niederschweligen Spaßveranstaltungen hin zu solchen mit einem inhaltlichen Schwerpunkt waren Jugendliche aus den beiden Systemen Jugendverbandsarbeit und Jugendsozialarbeit zu motivieren. Pädagogisches Ziel war es zu vermitteln, dass ein eigenständiger Beitrag zur Gemeinschaft geleistet werden kann bei Themen und Aktivitäten, die sie selbst für

„cool“ und wichtig halten. Sie können ihre Bedürfnisse dabei selbst anpacken, ohne auf Erwachsene und deren Strukturen angewiesen zu sein (Strukturvorteil der Jugendverbandsarbeit).

- Dieses Erlebnis des selbstbestimmten und autonomen Agierens und Handelns ist bei bestimmten Migrantinnen vergleichsweise gering ausgeprägt, sodass Motivationsprobleme entstehen. Kulturbasierte Verhaltensweisen sind oftmals inkompatibel mit den Anforderungen und Bedingungen der Jugendverbandsarbeit..
  
- Verbandsjugendliche (ehrenamtlich Tätige) sind damit vertraut und darauf angewiesen, selbstständig und zuverlässig zu arbeiten sowie für eine Personengruppe zu planen und Maßnahmen vorzubereiten. Sie können damit Vorbild sein für Jugendliche mit weniger Selbst- und Verantwortungsbewusstsein. Ohne selbst zu lehren, können sich dabei Verhaltensmuster übertragen.
- Jugendliche, insbesondere aus Einrichtungen der Jugendsozialarbeit, müssen aufgrund ihrer individuellen Disposition erst mehr Selbstständigkeit und Verantwortungsbewusstsein erlernen und erkennen, was sie selbst leisten können/zu leisten in der Lage sind.
  
- Bei unterschiedlichen Gesprächen mit Mitarbeitende der Jugendsozialarbeit bestätigte sich, dass das rechte Klientel (in einigen Dörfern im Eichsfeld) kaum erreichbar ist. Auch Mitarbeitende des Jugendamtes werden von ihnen nicht akzeptiert oder auch nur geduldet. Der Zugang zu diesem Milieu ist nahezu verbaut.
- In der Folge entsteht folgende Konsequenz: Hauptamtliche Mitarbeitende sind frustriert und demotiviert. Im gleichen Maß sinkt deren Bereitschaft, sich mit dem Thema „rechte/rechts-extreme Jugend“ auseinanderzusetzen.
  
- Mit dem Projekt „grenzenlos vielfältig“ wurden die für notwendig erachteten Kommunikationsstrukturen zu politischen Jugendorganisationen wie etwa den Jusos aufgebaut.
- Auch in diesem Fall bestätigt sich, dass sogar politische Jugend-



verbände teilweise sowohl Berührungspunkte haben mit dem Thema „rechte/rechtsextreme Jugendliche“, als auch darüber hinaus kein sinnvolles Betätigungsfeld darin sehen. Dennoch war aus Sicht der Projektleitung der Ausbau der Kommunikationsstrukturen Voraussetzung für eine umfassende Behandlung des Themas.

- Schwierig gestaltete sich die Kooperation mit Schulen.
  - Weder haben Schulen ausreichend Ressourcen für gemeinsame Projekte und Maßnahmen, noch liegt eine grundsätzliche Bereitschaft bei Lehrerinnen und Lehrern vor, sich des Themas anzunehmen. Zum Teil wird das Problem auch als solches nicht erkannt oder von offizieller Seite als nicht existent betrachtet.

## 5.3. Teil- und Zwischenergebnisse

### 5.3.1. Vorkenntnisse und pädagogischer Ansatzpunkt: Konsequenzen für die Jugendverbandsarbeit

Bei der Arbeit mit Verbandsjugendlichen wurde deutlich, dass einerseits Interesse am Thema des Modellprojektes bestand, andererseits jedoch kaum Kenntnisse über die rechte Szene, deren Organisationsbedingungen und v. a. deren Weltbild vorausgesetzt werden können. Daher wurden in der praktischen Arbeit folgende Wege verfolgt:

Es wurden Teamleiter und Verantwortliche in der Jugendverbandsarbeit gezielt geschult. Sie setzten sich konkret mit der rechten Szene in Thüringen auseinander, lernten Codes und Symbole zu entschlüsseln und dadurch Angehörige der Szene erkennen.

Sie lernten die Gefahren kennen, die von dort ausstrahlen, sowie Methoden, sich auf demokratischem Weg als Bürger diesen entgegenzustellen.

Bei der ersten Veranstaltung stellte sich allerdings heraus, dass das Vorwissen der Jugendlichen sehr gering ausgeprägt ist. Sowohl Schüler\*innen der Sekundarstufe I und II als auch Studierende zeig-

ten erhebliche Wissenslücken bei elementarem Basiswissen zu Fragen des Rechtsstaates und der Verfassung. In der Konsequenz konnte keine kritischen Reflexionen zur politischen Kultur oder auf eigene Verhaltensweisen gezogen werden. Demokratiegefährdende Strukturen wurden kaum erkannt. Grundvoraussetzung für den Erfolg des Modellprojektes war daher auch die Befähigung jener Jugendlichen in verbandliche Strukturen, die eigenständig Initiativen starteten. Im Bildungsprogramm der Kolpingjugend wird dieser Aspekt berücksichtigt. In der Konsequenz wird künftig das Bildungsangebot ausgebaut und auf die Problematik ausgerichtet.

### **5.3.2. Auswirkung auf die Gestaltung der Jugendverbandsarbeit**

Allerdings führt die Verlagerung des Angebotsschwerpunktes von eher freizeit- und eventorientierten Maßnahmen hin zu politischen Themen auch zu Konflikten. Ein Jugendverband versteht sich als autonom agierende und selbstbestimmte Organisation. Wenn von außen die Bitte herangetragen wird, im gegebenen Fall sich des Themas „rechte/rechtsextreme Jugend“ anzunehmen, muss auch mit Abwehrhaltung gerechnet werden. Zum einen, weil dieses Thema auch mit erheblichem emotionalem Aufwand verbunden ist, zum anderen, weil die bisherigen Motive für die Betätigung im Jugendverband nicht mehr im gewünschten Maße abgedeckt werden.

Dadurch wurden zunächst niederschwellige Angebote mit erlebnispädagogischem Konzept angeboten. Diese sollten weniger die rechte Szene und Radikalismusaspekte im Blick haben, sondern vielmehr auf den Erwerb sozialer Kompetenzen und einer differenzierten und multikulturellen Wertevermittlung abzielen. Es sollen Vorurteile schrittweise abgebaut werden, Diversität in Habitusfragen als Bereicherung verstanden werden. In einer Umgebung der Vertrautheit wird Jugendlichen ermöglicht, selbstbestimmt und reflektiert über Sorgen und Probleme zu kommunizieren und gleichzeitig die Verbandsgruppe als unterstützende Gemeinschaft zu erleben.

### 5.3.3. Strukturen im Handlungsfeld: Diversität als Herausforderung

Auch wenn das Kolpingwerk über verschiedene Einrichtungen der Jugendsozialarbeit verfügt, war die Intensivierung der Beziehungen der Jugendverbandsarbeit in Thüringen mit erheblichem Aufwand verbunden. Die jeweiligen Zielgruppen weisen keinerlei Überschneidungspunkte auf und auch die Arbeitsweisen lassen sich nicht zusammenbringen.

Die Einrichtungen der Jugendsozialarbeit des Kolpingwerkes in Erfurt und Hettstedt bieten jungen Menschen unterschiedliche Ausbildungsmöglichkeiten sowie Wohnraum an. Im Wesentlichen handelt es sich um unterschiedliche Maßnahmen der Berufsvorbereitung für besonders benachteiligte Jugendliche. In Erfurt finden darüber hinaus kaum außerschulische Veranstaltungen statt. Die Jugendlichen in den Einrichtungen der Jugendsozialarbeit erhalten Unterstützung diverser Art, da vielen von ihnen der Start in ein eigenständiges berufliches Leben schwer fällt.

Die Jugendlichen, die sich bei der Kolpingjugend (Jugendverbandsarbeit) engagieren, stammen hingegen meist aus stabilen sozialen Verhältnissen, sind Strukturen und eigenverantwortliches Handeln gewöhnt. Viele sind Mitglied in mehreren Vereinen, übernehmen Verantwortung in ihrer Familie und organisieren ihren Alltag selbst. Im Gegensatz zu Jugendlichen in Einrichtungen der Jugendsozialarbeit haben sie keine größeren Probleme hinsichtlich ihrer beruflichen Werdegänge und ihrer beruflichen Integration.

Gemeinsame Aktionen zwischen Jugendverbandsarbeit und Jugendsozialarbeit scheitern allerdings nicht nur oberflächlich betrachtet an mangelnden gemeinsamen Interessen. Es ergeben sich vor allem auch mehrere logistische Herausforderungen, wie z. B. die unterschiedlichen Arbeitszeiten. Die Angebote der Jugendverbandsarbeit richten sich an Ehrenamtliche und finden somit hauptsächlich am Wochenende oder innerhalb der Woche am Abend statt. Die Motivation der Jugendlichen in den Bildungseinrichtungen, außerhalb der regulären Schulzeit noch Angebote wahrzunehmen, ist gering und wird eher als „Pflicht“ denn als „Kür“ aufgefasst.

Des Weiteren liegen die Standorte Erfurt, Hettstedt und Heiligenstadt, gesehen unter den Lebensbedingungen der Jugendlichen, weit voneinander entfernt, eine Anreise ist mit hohem logistischem Aufwand verbunden. Die Jugendlichen aus dem Eichsfeld haben keinen Bezug zu den Jugendlichen in den Einrichtungen, da sie sich in divergierenden sozialen Kontexten bewegen und sich somit keine auch emotionalen Bezugspunkte ergeben. Daraus resultiert Desinteresse an einer Zusammenarbeit und mangelnde Bereitschaft, sich dort zu engagieren.

#### **5.3.4. Soziokulturelle Partizipation versus politische Bildungsangebote**

In ihrem Selbstverständnis sehen die Kolpingjugendlichen ihren Verband als einen Ort für Gemeinschaft, wo sie den Freiraum und die finanziellen Möglichkeiten haben, das, was sie interessiert und Spaß macht, auszuleben. Sie sind sich zum großen Teil ihrer Verantwortung für die Gruppe bewusst und vertreten ihre Interessen innerhalb dieser Gemeinschaft. Sie lassen sich für Bildungsangebote dann motivieren, wenn sie mit einem hohen erlebnispädagogischen Anteil verbunden sind. Politische Bildung allerdings ist weder in der Region nachgefragt, noch im Jugendverband.

Welche Gründe liegen dem zugrunde? Zum einen sind die Menschen vor Ort, im Gegensatz zu Bewohnern der Städte, von gering ausgeprägter kultureller Vielfalt umgeben. Sie befassen sich maximal mit Kommunalpolitik, und die politische Partizipation beschränkt sich auf den Gang zur Urne. Sie begnügen sich bereitwillig damit und sehen keinen Anreiz, darüber hinaus aktiv zu werden. Daraus lässt sich ableiten, dass politische Bildungsangebote, egal von welchem Träger, wenig Anklang finden.

Junge Menschen, die sich oftmals bereitwilliger auf etwas Neues einlassen, sind allerdings solche Angebote nicht gewohnt. Sie beschäftigen sich mit Dingen aus ihrer Lebenswelt, z.B. mit der Renovierung der Kapelle im Ort, einem Jugendgottesdienst oder schlüpfen für einige Stunden in die Haut eines körperlich behinderten Menschen. Politik hingegen ist fern ihrer Lebensrealität, kommt von

oben herab und ist in einer Sprache verfasst, die sie nur schwer nachvollziehen können.

Es muss ihnen also erst nahegebracht werden, dass Politik nichts Trockenes und Langweiliges ist, sondern durchaus Spaß machen kann. Die Veranstaltungen müssen einen sehr niedrigen Zugang bieten und die Inhalte interessant verpackt sein. Außerdem muss auf die Jugendlichen persönlich zugegangen werden. Offene Angebote finden wenig Anklang, auch weil sie sich oftmals auf einen Ort beschränken und die fehlende Mobilität vielen jungen Menschen den Zugang verhindert.

Da Jugendverbandsarbeit jedoch darauf baut, dass junge Menschen eigenverantwortlich Themenschwerpunkte wählen, würden sie ohne äußerlichen Input nur gelegentlich eine Veranstaltung der politischen Bildung planen oder durchführen. Eine von außen initiierte Bildungsveranstaltung wird zwar nicht grundlegend abgelehnt, jedoch ist die Motivation zur Teilnahme oder Mitgestaltung eher gering ausgeprägt.

Ein Projekt, dessen Hauptaugenmerk die politische Aufklärung ist, kann in der Jugendgruppe nicht innerhalb weniger Monate etabliert werden. Es bedarf mehrerer Veranstaltungen, um die Jugendlichen für das Thema zu sensibilisieren, bis sie dann zum selbstständigen Handeln bereit sind. Bei Planungstreffen monierten Verbandsjugendliche wiederholt, dass es immer weniger Veranstaltungen gibt, die ausschließlich spaß- und eventorientiert sind. Stattdessen kritisierten sie, sich permanent mit herangetragenen Themen auseinander zu müssen, statt einfach mal ein Wochenende „nur Spaß zu haben“.

### **5.3.5. Probleme beim Zugang zu rechten Jugendlichen**

Die Kontaktaufnahme zu radikalisierten oder radikalisierunggefährdeten Jugendlichen gestaltet sich sehr schwierig, resp. ist unmöglich, auch, weil es kaum möglich ist, diese zu lokalisieren. Es existiert keine empirische Erhebung über „einschlägige Treffpunkte“ der rechten Szene. Grund dafür ist auch das mangelnde Interesse von kommunaler Seite und damit einhergehend die Nichtbereit-

stellung von Finanzmitteln.

Des Weiteren verschließen sich die Jugendlichen selbst jeglicher Kontaktaufnahme, wie eine Sozialarbeiterin berichtete. Sie wollen von Jugendverbänden nicht angesprochen werden, wollen keine Alternativen kennenlernen oder andere altersgerechte Veranstaltungsangebote wahrnehmen.

Es besteht die Gefahr, dass sich geschlossene rechte Zirkel manifestieren und öffentliche Stellen nicht mehr mit der entsprechenden Gegenoffensive antreten!

Seitens des Jugendamtes wurde der Wunsch nach mehr Engagement bei der Radikalisierungsprävention geäußert. Schwierigkeiten existieren dabei, Personen zu finden, die sich bereit erklären mit bereits radikalisierten Jugendlichen zu arbeiten. Es existieren mehrere Hürden: zum einen fehlende finanzielle Mittel und Ressourcen, um selbst aktiv zu werden, da von staatlicher und kommunaler Ebene nur sehr zurückhaltend finanzielle Mittel für diese Arbeit bereitgestellt werden. Für den gesamten Landkreis Eichsfeld stehen lediglich zwei Sozialarbeiter zur Verfügung, die sehr eng gefasst Kapazitäten haben. Präventionsarbeit mit radikalisierten Jugendlichen ist unter diesen Umständen kaum möglich. Zum anderen existiert ein weiteres Zugangshindernis: Die Bereitschaft von Fachkräften in der „rechten Szene“ selbst zu arbeiten, ist sehr gering ausgeprägt.

Sozialarbeiter\*innen beklagen vor allem die mangelnde Hilfsbereitschaft von Verantwortlichen in Politik und Verwaltung. Bürgermeister\*innen und Schulleiter\*innen verschließen bewusst die Augen vor Problemen rechter Milieus. Sie streiten ab, dass es in ihrem Umfeld radikalisierte Jugendliche gibt oder verweigern sich schlicht dieser Herausforderung. Die Engagierten finden somit keine externe Unterstützung.

Die rechte Szene ist für Jugendliche attraktiv, sie wird vielerorts als normprägend aufgefasst.

# 6. Handlungsfelder

## 6.1. Gegebenheiten und Herausforderungen

Es stellt sich heraus, dass ein quantitativer Ansatz der Analyse der Gegebenheiten nur schwer umsetzbar ist. Im erheblichen Ausmaß fehlen entsprechende Daten bei öffentlichen Stellen/Ämtern zum Themenkomplex rechte/rechtsextreme Jugend. Dennoch wurde mit unterschiedlichen Erhebungsmethoden ein aussagekräftiges Bild vom betreffenden Sozialraum erstellt. Die Sozialraumanalyse hat Ergebnisse hervorgebracht, die auch Expertinnen und Experten im Handlungsfeld Jugendverbandsarbeit und Jugendsozialarbeit überrascht haben.

Folgende Erkenntnisse und Bedingungen fanden bei der Modellarbeit, resp. der Planung von Maßnahmen mit Jugendlichen und der Kooperation zwischen Jugendverbandsarbeit und Jugendsozialarbeit Berücksichtigung bzw. waren maßgebend:<sup>21</sup>

- Die kulturelle Sozialisation von Migrantinnen und Migranten ist ein wesentlicher Hinderungsgrund für die Kooperation JSA | JVA; Hemmschwelle bei gemeinsamen Planungen von Aktionen; Frustrationserlebnisse.
- JVA ist in verschiedenen Feldern überfordert: Im besten Fall ist primäre Prävention möglich, rechte Jugendliche können hingegen

nur schwer aus ihren geschlossenen Milieus herausgeholt werden.

- Rechte Einstellungen bei Jugendlichen in bestimmten Gegenden (Eichsfeld) werden von Betroffenen selbst nicht als „rechts“ oder „normabweichend“ aufgefasst: Die Jugendlichen übernehmen gerade in ländlichen Gegenden die vorherrschende (rechte) Mehrheitsmeinung rechter Deutungsmuster als das Normale. Hier muss eine Sensibilisierung für das Thema erfolgen.
- Zugangsschwernis zu rechten Jugendlichen: mangelnde Kenntnisse von Schulen und öffentlichen Stellen (Bürgermeister) über das Problem bis hin zur ProbleMLEUGNUNG.
- Rechte Jugendliche in Einrichtungen der JSA verhalten sich (bewusst) unauffällig und bedeckt. Daher entsteht wenig Konfliktpotenzial mit anderen Jugendlichen in den Einrichtungen der JSA.
- JSA-Einrichtungen sind die einzigen(!) Plattformen für Zusammentreffen von Migrantinnen und Migranten, rechten Jugendlichen und benachteiligten Jugendlichen. Hier ist die einzige Möglichkeit, sich dem Problem zuzuwenden. Allerdings können die Einrichtungen der JSA nicht, wie ggfs. gewünscht, auf dieses Problem eingehen, da ihnen die notwendigen Ressourcen und auch Kompetenzen fehlen
- Rechte Milieus haben sich intellektualisiert, sie sind nicht mehr sofort auf Anrieb für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter als solche erkennbar (Fortbildungsbedarf).
- Gefährdete Jugendliche bewegen sich in Netzwerken, peer groups, Vereinen, die rechtes Gedankengut transportieren. Sie adaptieren Haltung und Gesinnung. Sie erkennen gleichzeitig keinen Mehrwert in der JVA. Damit entsteht ein weiteres Zugangsproblem!
- Wenn JVA die rechten Jugendlichen aus unterschiedlichen Grün-



den nicht erreicht, dann muss unter dem Zugangs- und Kooperationsaspekt ein anderer „player“ die Arbeit der JVA ergänzen/erweitern.

- Rechte/rechtsextreme Jugendliche werden anders gesehen („wir haben kein schlechtes Gewissen“ „wir sind Teil der Mehrheit hier“). Sie sind Teil der normativen Dominanz, rechte Einstellung ist keine Abweichung. Die im Handlungsgebiet strukturell schwach ausgeprägte JVA (im Vergleich zum Westen) gelangt schnell an ihre Grenzen. Allerdings haben bisher auch andere Akteure, wie etwa Träger der Politischen Bildung, ebenfalls erhebliche oder noch größere Zugangsprobleme.
- Einziger Zugang zu rechten Jugendlichen sind Einrichtungen der JSA, da in die mit einem bestimmten Weltbild ausgerichtete Jugendverbände niemand vom gefährdeten Klientel gelangt, der bereits in anderen Milieus integriert ist oder die politische und inhaltliche Ausrichtung des Jugendverbandes ablehnt. JSA-Jugendliche erleben Angebote des JVA als „verordnet“! In der Folge entsteht keine Motivation, sich in der JVA zu integrieren („fremde Welt“; nicht deckungsgleich mit eigenem Kulturverständnis).
- Persönliche Kontakte zu gefährdeten Jugendlichen sind oftmals die einzige Zugangsmöglichkeit.
- Rassistische Alltagskultur in Einrichtungen wird durch ein bestimmtes Klientel manifestiert oder sogar erst provoziert (Beispiel: Die kulturbedingte Ablehnung einer Frau als Leiterin, pädagogische Mitarbeiterin durch Migrantinnen).

## **6.2. Strukturelle Bedingungen für eine gelingende Kooperation zwischen Jugendverbandsarbeit und Jugendsozialarbeit**

Neben einer geografischen Nähe der Einrichtungen von Jugend-

sozialarbeit und Jugendverbandsarbeit sind folgende Bedingungen für eine gelingende Kooperation zwischen den beiden Systemen erforderlich:

- Jugendliche beider Systeme müssen einen Sinn und persönlichen Mehrwert darin sehen, eine Veranstaltung gemeinsam durchzuführen. Das setzt gegenseitige Kenntnis von den Angeboten und Anforderungen der jeweiligen Angebote der beiden Systeme voraus. Es stellte sich heraus, dass die Jugendlichen des Jugendverbandes (Kolpingjugend) die Angebote der Einrichtung der Jugendsozialarbeit (in diesem Fall: Villa Lampe) am selben Ort (Erfurt) nicht kannten. Die Jugendlichen der beiden Systeme verbringen ihre Zeit in ihrer jeweiligen Umgebung und sehen zunächst keinen Anlass sich auf „fremde Welten“ einzulassen. Ihnen fehlt der persönliche Antrieb, sich irgendwo einzubringen und sie erkennen keinen Sinn im Engagement bei einem anderen Träger.
- Migrantinnen und Migranten sind verbindliche Zusagen nicht gewohnt, woraus eine große Unzuverlässigkeit bei gemeinsamen Absprachen resultiert. Das wiederum führt zu Frustration bei den Verbandsjugendlichen, die ihr Engagement und Zeitaufwand nicht geschätzt sehen.
- Jugendlichen im System der Jugendsozialarbeit müssen die Strukturen des Systems Jugendverbandsarbeit zunächst kennenlernen, dann akzeptieren, anerkennen, schätzen und erst, wenn diese Stufen durchlaufen sind, sind die Voraussetzungen der Übernahme der Angebote gegeben.
- Auch hier ist eine der wichtigsten Fragen, wann gemeinsame Veranstaltungen stattfinden sollen. Vor allem für Studenten ist es nicht möglich, unter der Woche Angebote wahrzunehmen. Deshalb finden die großen Veranstaltungen der Jugendverbandsarbeit in der Regel an einem Wochenende statt. Dies ist jedoch insofern problematisch, als Einrichtungen der Jugendsozialarbeit dann geschlossen sind.

- Abgesehen von den generellen Herausforderungen, die die Integration in eine fremde Kultur mit sich bringen, existieren weitere Hürden für die Teilnahme an Veranstaltungen der Jugendverbandsarbeit. Migrantinnen und Migranten müssen lernen, ähnlich wie deutsche Jugendliche, die keine geregelten Strukturen kennen, sich an Abmachungen zu halten. Das gegenseitige Vertrauen ist die Basis der Verbandsgemeinschaft und wird innerhalb der Gruppe vorausgesetzt.

### 6.3. Probleme bei der Maßnahmenplanung: Beispiel

Eine Lightpainting-Aktion sollte dazu dienen, junge Geflüchtete, Jugendliche der Verbandsarbeit und Jugendliche aus einer Einrichtung der Jugendsozialarbeit zusammenzubringen mit dem Ziel, gemeinsam zum Thema „grenzenlos“<sup>22</sup> kreativ zu werden. Mithilfe von einer speziellen Fotografiertechnik sollten Bilder entstehen, die auf einfachste Weise Aussagen vermitteln. Über diverse soziale Netzwerke sowie persönliche Anmeldung bei den Verantwortlichen meldete sich eine relativ große Zahl von Geflüchteten an. An der Veranstaltung selbst nahm jedoch keiner der angemeldeten Geflüchteten teil. Die genauen Gründe dafür sind schwer auszumachen. Bei den Verbandsjugendlichen, die die Veranstaltung geplant, organisiert und durchgeführt haben, stieß dieses Verhalten nachvollziehbarerweise auf großes Missfallen. Sie sind ein solches unverbindliches Verhalten von ihren Verbandsmitgliedern nicht gewohnt. Es ist üblich, dass man sich zumindest bei einem Freund meldet, der dann dem/der Verantwortlichen Bescheid gibt. Das Unverständnis der Verbandsjugendlichen über das Verhalten der Migrantinnen und Migranten war entsprechend groß, was deren Bereitschaft, erneut mit Migrantinnen und Migranten gemeinsam eine Veranstaltung zu planen, gegen Null tendieren ließ. Verstärkt wird die abwehrende Haltung gegenüber Veranstaltungen mit Migrantinnen und Migranten und Jugendlichen aus Einrichtungen der Jugendsozialarbeit nochmals, wenn Verbandsjugendliche/Ehrenamtliche die geplante Veranstaltung auf „Anraten von außen“ auffassen und durch-

führen. Eine derartige Erfahrung führt bei Verbandsjugendlichen/ Ehrenamtlichen dazu, Vorschläge von außen abzuwehren und sich wieder auf die eigenen Organisationsmodi zu konzentrieren (selbstbestimmte, autonome Planung).

#### **6.4. Erfolge der aktiven Radikalisierungsprävention: Beispiel**

Über das Projekt „grenzenlos vielfältig“ konnte ein Problembewusstsein bei Verantwortlichen in Einrichtungen wie auch Jugendlichen der Verbandsarbeit geschaffen werden. Es ist zu beobachten, dass diejenigen, die sich im Rahmen des Modellprojektes mit der Problematik der rechten Szene auseinandergesetzt haben, vermehrt Interesse an den politischen und gesellschaftlichen Begebenheiten in Deutschland zeigen. Die Diözesanleitung der Kolpingjugend plante z. B., den Studienteil auf ihrer jährlichen Konferenz zu diesem Thema zu gestalten.

Am selben Tag wie die Konferenz fand im 17 Kilometer entfernten Leinefelde der Eichsfeldtag der NPD statt. Zu diesem kamen Neonazis aus ganz Deutschland, um auf einem Familienfest für ihr menschenverachtendes Weltbild zu werben. Dieses Ereignis nahmen die Jugendlichen zum Anlass, sich näher mit den Events der NPD in Leinefelde auseinanderzusetzen, denn der „Eichsfeldtag“ fand dort bereits zum achten Mal statt. Die Jugendlichen informierten sich über den Drahtzieher dieser Veranstaltung, Thorsten Heise. Dieser wohnt nur 40 Kilometer von Leinefelde entfernt und ist für viele rechtsextreme Events im Eichsfeld verantwortlich. Auch wenn zu diesem Zeitpunkt Chemnitz im Fokus der Öffentlichkeit stand und auch die Medien nicht über den NPD-Eichsfeldtag oder die Gegen demonstration berichteten, war es der Jugendverbandsleitung gelungen, die Jugendlichen zu sensibilisieren, gemeinsame Projekte anzuregen und so Öffentlichkeit herzustellen.<sup>23</sup>

## **6.5. Konflikte, die bei Maßnahmen und Veranstaltungen auftreten können**

### **6.6.1. Unterschiedliche Verantwortungsniveaus**

Verbandsjugendliche sind es bereits gewohnt, Verantwortung nicht nur für sich selbst, sondern für eine Gruppe Gleichgesinnter zu übernehmen. In einem Verband trägt jeder mit seinen persönlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten zur Gemeinschaft bei. Die Mitglieder übernehmen schon in jungen Jahren bereitwillig und gern Verantwortung für die Gruppe, wobei sie die dafür notwendigen Fähigkeiten entweder in einer Jugendleiterausbildung erlernen oder von älteren Verbandsmitgliedern beigebracht bekommen. Jugendliche ohne Verbandserfahrung sind mit solchen Fähigkeiten nicht vertraut. Oftmals übernehmen sie lediglich Verantwortung für sich selbst und setzen sich wenig mit den Bedürfnissen von Menschen auseinander, die nicht zu ihrem direkten Umfeld gehören.

### **6.6.2. Unterschiedliche Erwartungshaltungen**

Ebenfalls wird von den Jugendlichen zuverlässiges Handeln und Verhalten verlangt, was vielen besonders schwerfällt. Bei verschiedenen Veranstaltungen mussten die Verbandsjugendlichen die Erfahrung machen, dass viele Jugendliche, Deutsche wie auch Migranten, nicht kamen, obwohl sie sich vorher angemeldet hatten. Dadurch entsteht Frustration bei Verbandsjugendlichen, die die Veranstaltung geplant und vorbereitet haben.

### **6.6.3. Sozialisationsbedingte Konflikte**

Durch die unterschiedliche Herkunft der Teilnehmer aus verschiedenen sozialen Milieus, aber auch aus verschiedenen Ländern, können zwischenmenschliche und persönliche Konflikte auftreten.

#### 6.6.4. Öffentliche Sanktionierungstendenzen

Es lässt sich feststellen, dass in Heiligenstadt, Leinefelde und Umgebung Geflüchtete durch mangelnde Unterstützung seitens öffentlicher Stellen diskriminiert werden. Das gilt etwa bei der Vergabe und Instandhaltung von Mietwohnungen oder der Zuweisung auf eine bestimmte Schule<sup>24</sup>.

#### 6.6.5. Herausforderungen bei der Arbeit mit Geflüchteten

Abgesehen von den generellen Herausforderungen, die die Integration in eine fremde Kultur mit sich bringt, stellt die Teilnahme an Veranstaltungen der JVA vor weitere Hürden. Auch sie müssen lernen, ähnlich wie die deutschen Jugendlichen, die keine geregelten Strukturen kennen, sich an Abmachungen und Zeiten zu halten. Das gegenseitige Vertrauen ist die Basis der Verbandsgemeinschaft und wird innerhalb der Gruppe vorausgesetzt.

#### 6.6.6. Beispiel Finanzierungsproblem: Zusammenarbeit JVA und JSA

Ein viel größeres Problem besteht in der Finanzierung von Veranstaltung von JSA und JVA. Wenn eine Kooperation besteht, sollen auch beide Einrichtungen gleichberechtigt sein und nicht nur ein Partner die Verantwortung übernehmen. Planen Jugendverbände und Einrichtungen der Jugendsozialarbeit eine Veranstaltung, bekommen sie spätestens bei der Finanzierung der Veranstaltung Probleme, da die JVA und JSA unterschiedliche Fördermittel mit unterschiedlichen Förderbedingungen erhalten. Beispielsweise erhält die JVA finanzielle Mittel vom BDKJ und vom Jugendamt. Um einen erfolversprechenden Antrag beim BDKJ durchzubringen, muss auch immer ein Antrag beim Jugendamt gestellt werden. Die JSA wird über das Jugendamt finanziert. Jugendsozialarbeiterinnen und Jugendsozialarbeiter haben einen klar definierten Aufgabenbereich. Tauchen nun diese Mitarbeiter in Listen der Veranstaltungen der Jugendverbände auf, stellt das Jugendamt die Frage, ob die Jugend-

sozialarbeiterinnen und Jugendsozialarbeiter die Veranstaltung ehrenamtlich oder hauptamtlich begleitet haben. Da die Veranstaltungen der JVA in der Regel nicht unter den Aufgabenbereich der Jugendsozialarbeiterinnen und Jugendsozialarbeiter fallen, können sie vom Jugendamt nicht refinanziert werden. Somit müssten Jugendsozialarbeiterinnen und Jugendsozialarbeiter ehrenamtlich tätig werden. Anders als die JVA kann die JSA keine finanziellen Mittel beim BDKJ beantragen. Um diese Mittel in der Veranstaltung auch nutzen zu können, müsste man die Gruppe der Teilnehmenden splitten. In der Folge könnte sowohl JVA als auch JSA einen Antrag stellen. Problem dabei ist jedoch die Mindestanzahl an Teilnehmenden und die Doppelfinanzierung, vor allem, wenn es für Verpflegung und Unterkunft nur eine Rechnung gibt. Die Mindestteilnehmerinnenanzahl beim Jugendamt beträgt sieben Teilnehmerinnen, im Ganzen müssten also 14 Personen an der Veranstaltung teilnehmen, die jedoch bei politischen Themen kaum erreicht wird.

Größer angelegte Aktionen lassen sich unter diesen Finanzierungsbedingungen kaum umsetzen.

## 6.7. Organisationsstrukturelle Probleme

Ein eher organisationsstrukturelles Problem besteht aufseiten der Jugendverbandsarbeit: Sie ist auf organisationale Nachhaltigkeit ausgerichtet, das ist ihre Stärke. Das setzt einerseits ständige Mitarbeit von Freiwilligen voraus, andererseits bedingt das eine Reihe von „Traditionsterminen“, also Veranstaltungen, die immer wieder durchgeführt werden. Dies wiederum führt aus Ressourcengründen zu einem eher am Status Quo ausgerichteten Verhalten und Planen von Veranstaltungen und Maßnahmen: Neues muss sich erst widerständig durchsetzen, Neues darf aber auch das „Traditionelle“ nicht verdrängen. Je höher der Aufwand neuer Ideen und Maßnahmen, desto höher muss die Motivation bei den Jugendlichen sein und ebenso setzt dies zusätzliche personelle Ressourcen voraus. Deutlich wurde dieser Effekt bei der gemeinsamen Planung von Verbandsjugendlichen mit Migrantinnen.

## 6.8. Geschlossene Milieus

Von besonderer Bedeutung ist das Problem der „geschlossenen Milieus“. Insbesondere die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter der Verbundpartner haben durchgehend mitgeteilt, dass sie nur sehr schwer und bedingt Zugang zu Jugendlichen finden. Das begründet sich in der Regel damit, dass deren Eltern sich ebenfalls in rechten Kreisen bewegen und somit ein geschlossenes, unzugängliches Milieu geschaffen wird.

Handlungsbedarf entsteht aufgrund der bisherigen Erfahrungen auf mehreren Ebenen. Eine wesentliche Herausforderung wird sein, die „geschlossenen Milieus“ zu erreichen, resp. Zugang zu finden. Alle Akteure im bisherigen Netzwerk betonen, dass gerade jene Jugendlichen, die das Modellprojekt in den Blick nimmt, sich in eben diesen geschlossenen Milieus aufhalten und dabei von Eltern unterstützt werden. Auch Institutionen und Personen des öffentlichen Raumes wie Bürgermeister zeigen kein Interesse daran, die geschlossenen Zirkel, die gleichzeitig einen Schutzraum für rechtes/rechtsradikalen Gedankengut darstellen, aufzubrechen.

Im Gegenteil: Sowohl bei Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern und auch zum Teil bei Polizeikräften werden offensiv rechte Milieus unterstützt. Es entsteht somit ein Klima im öffentlichen Raum, das rechte Milieus als „normgebend“ und jede Form von Intervention dagegen als „störend“ auffasst.

Zudem wird dieser Status noch dadurch zementiert, dass Jugendverbände selbst Zugangsschwierigkeiten zu rechten Szenen haben. Die katholisch ausgerichtete Jugendverbandsarbeit hat sich im Handlungsgebiet des Modellprojektes bisher kaum oder gar nicht mit rechten Jugendlichen befasst. Einige Jugendverbände lehnen eine Arbeit mit rechten Jugendlichen durchweg aus ideologischen Gründen ab. Somit entsteht ein mehrfaches Exklusionsverhältnis. Die Kolpingjugend hat junge Geflüchtete im Blick und versucht, diese in ihre Tätigkeit einzubinden. Wichtig wird sein, Zugangsmöglichkeiten zum Klientel aufzuzeigen, gleichwohl liegt hier eine besondere Herausforderung.

Die weitere Entwicklung wird beeinflusst von der Akzeptanz des



Modelprojektes in der Region. Wie bereits festgestellt, sind hier nach Modellbeginn unerwartete und in ihrem Ausmaß nicht erwartete Hürden entstanden.

# 7. Generelle Herausforderungen

## 7.1. Herausforderungen auf Seiten der Jugendverbandsarbeit

Jugendarbeit im Allgemeinen und Jugendverbandsarbeit im Besonderen bringt noch weitere Herausforderungen mit sich, die sich auf die Kooperation zwischen Jugendverbandsarbeit und Jugendsozialarbeit auswirken:

- Auch wenn die Selbstorganisation die große Stärke der Jugendverbandsarbeit darstellt, so birgt sie auch die Gefahr, dass Prozesse nicht gelingen und Maßnahmen scheitern. Jugendliche arbeiten nicht professionell, sie bringen ihre Freizeit ein und viel an Selbstbestätigung ausgerichtete Motivation. Dennoch lassen sie sich schnell vom vorgegebenen Ziel ablenken, vergessen Absprachen und müssen an Vereinbarungen erinnert werden. Kommen zusätzlich gruppendynamische Disharmonien und zwischenmenschliche Differenzen hinzu, kann das geplante Maßnahmenziel auch am entsprechenden Verhalten nur eines Jugendlichen scheitern. Wenn andere Ehrenamtliche dieses Säumnis dann auffangen müssen, stößt das selten auf Verständnis. Meist müssen Hauptamtliche Nachlässigkeiten von Jugendlichen/Ehrenamtlichen kompensieren mit dem Effekt, dass die Verbandsjugendlichen die betreffende geplante Aktion oder Maßnahme nicht mehr als ihre betrachten!

- Eine weitere organisationale Stärke der Jugendverbandsarbeit ist die kontinuierliche und nachhaltig ausgerichtete Organisationsarbeit, die das Fortbestehen der Organisation über Generationen hinweg ermöglicht und sicherstellt. Dieses Organisationsprinzip führt jedoch dazu, dass eine große Anzahl derselben Termine und Veranstaltungsarten stattfinden. Das führt andererseits dazu, dass für neue Veranstaltungsformate und Themen nur wenig Ressourcenspielräume verbleiben, weil deren Inhalt nicht zum Projekt passt. Die begrenzten zeitlichen Ressourcen der Verbandsjugendlichen schmälern im gleichen Maße die Bereitschaft zur Durchführung neuer, aufwendige Themen und Veranstaltungen.
- In der Folge ist es nur schwer möglich, die jahrelang bestehenden Strukturen neu auszurichten. Zum einen bringt bereits ein Personalwechsel bei den ehrenamtlichen Verbandsjugendlichen Veränderungen im Binnenklima der Organisation mit sich, wodurch sich die Gemeinschaft nicht selten neu ausrichtet. Ferner sind Veränderungen bei Programm und Inhalten von Angeboten bei einem Personalwechsel der ehrenamtlichen Leitungsebene insofern Grenzen gesetzt, als sie sich andernfalls nicht mehr aktiv beteiligen.
- Ehrenamtliche in der Jugendverbandsarbeit wählen die zu behandelnden Themen selbst aus, sie benötigen jedoch für die anzuwendenden Methoden stets eine hauptberufliche Fachkraft. In der Kolpingjugend DV Erfurt sind nur sehr wenige ehrenamtliche Mitglieder/Leitungskräfte als Gruppenleiter ausgebildet. Ihnen fehlt es an Knowhow für die inhaltliche Arbeit.

## 7.2. Herausforderungen auf Seiten der Jugendsozialarbeit

### 7.2.1. Systembedingte Verhaltensabhängigkeiten

Bei den gemeinsamen Veranstaltungen von Jugendlichen der Ju-

gendverbandsarbeit mit denen von Einrichtungen der Jugendsozialarbeit lässt sich ein weiteres Phänomen feststellen: Jugendliche der Jugendverbandsarbeit haben offensichtlich ein höheres Bewusstsein für Eigenverantwortung als Jugendliche in Einrichtungen der Jugendsozialarbeit. Systembedingt sind Jugendliche der Jugendverbandsarbeit per se auf hohe Disziplin bei den freiwilligen Tätigkeiten angewiesen. Ihre gemeinsamen Maßnahmen und Projekte gelingen nur, wenn die Mitmachbereitschaft auch zu konsequenter und verantwortlicher Tätigkeit führt. Dies liegt im Wesen ehrenamtlichen Engagements begründet.

Hingegen haben Jugendliche, die in Einrichtungen der Jugendsozialarbeit sind und die Kultur der Jugendverbandsarbeit nicht kennen, entsprechende Erfahrungen nicht gemacht. Sie betrachten Maßnahmen als eher vernachlässigbare Angebote und weniger als eine Chance zum eigenen Handeln und zur Selbstgestaltung. Nicht selten entstehen Enttäuschungen auf Seiten der verbandlichen Jugendlichen, wenn deren Angebote nicht im gewünschten Sinn von Jugendlichen in Einrichtungen der Jugendsozialarbeit oder von Migrantinnen angenommen wurden, zumal man diese vorab gemeinsam angestrebt oder sogar geplant hat. Dieses Phänomen ist bei mehreren Maßnahmen aufgetreten.

Das Problem der unterschiedlichen Erlebniskultur verstärkt sich, wenn kulturbedingte Unterschiede bei der Bewertung von Maßnahmen auftreten. Gerade bei Maßnahmen mit Migrantinnen und Migrantinnen wird das besonders deutlich. Die Projektmitarbeiterin betont diesbezüglich, dass junge Menschen (gemeint sind jene der Einrichtung der Jugendsozialarbeit), die die Angebote wahrnehmen, keine Routinen, Strukturen und festen Abläufe gewöhnt sind wie dies bei Jugendlichen der Jugendverbandsarbeit der Fall ist. Das führt gerade bei gemeinsam geplanten Veranstaltungen zu erheblicher Frustration bei den ehrenamtlichen Mitgliedern der Jugendverbandsarbeit.

### **7.2.2. Systembedingte Themenabstinenz**

Ferner bestätigt sich, dass sich Einrichtungen der Jugendsozialarbeit

mit dem Thema rechte Jugendliche nicht oder kaum beschäftigen. Die Gründe hierfür liegen teils im strukturellen Bereich: Den Einrichtungen der Jugendsozialarbeit fehlen schlicht die Ressourcen. Allerdings ist auch eine Hemmschwelle feststellbar, sich des Themas intellektuell anzunehmen. Viele hauptamtliche Mitarbeitende in den Einrichtungen der Jugendsozialarbeit fühlen sich nicht ausreichend qualifiziert und scheuen daher eine Auseinandersetzung mit dem gefährdeten Klientel.

# 8. Auswertung und weiterführende Hinweise

## Vorbemerkung

Von diesen Rahmengengebenheiten ausgehend werden nun weiterführende Hinweise zu diesem Themenkomplex gegeben. Dabei kann es nur um theoriegeleitete, jedoch aus den Erfahrungen abgeleitete Hinweise gehen, da eine Evaluierung während der kurzen Modellphase nicht bis ins Detail vorgenommen werden konnte. Dennoch sind die Hinweise wichtige Grundlagen für eine Weiterarbeit am Thema: Während der Modellphase wurde deutlich, dass die Problematik rechte Jugend als Felder der JVA und JSA mit so umfassenden Facetten und Fragestellungen verbunden sind und zudem von externen Faktoren beeinflusst werden, dass einerseits ein Zusammenwirken mehrerer Institutionen nötig ist und andererseits insbesondere die notwendige Sensibilisierung für das komplexe Thema bei öffentlichen Stellen nicht immer so ausgeprägt ist, dass das Problem wirkungsvoll angegangen werden kann!

Das betrifft insbesondere die Einstellung vieler Teile in der Öffentlichkeit: Von einer starken zivilgesellschaftlichen Kultur kann kaum gesprochen werden, autoritätsfixierte Verhaltensweisen dominieren in weiten Teilen der Bevölkerung: Jugendliche Einstellungen und Verhaltensweisen sind Teil und Abbild der vorherrschenden soziokulturellen Gegebenheiten! Hier werden auf Grundlage der Modell-erfahrungen Hinweise gegeben zur Beziehung von Politischer Bil-

dung, Demokratieförderung, Prävention in Jugendsozialarbeit und Jugendverbandsarbeit. Die Aussagen sind nicht zu verallgemeinern, hierfür fehlt die notwendige empirische Absicherung der Aussagen. Dennoch geben die Aussagen richtungsweisende Hinweise darauf, wie das komplexe Thema mit entsprechenden Erkenntnispunkten in der Fachdebatte eingeführt und behandelt werden sollte.

Unabhängig von der aktuellen Debatte über Begriffsverwirrungen und Abgrenzungsproblematiken<sup>25</sup> in der Politischen Bildung sei auf folgende Aspekte hingewiesen.

## **8.1. Ergebnisse von bundesweiter Bedeutung: Forderungen und Konsequenzen**

### **8.1.1. Mangelndes Problembewusstsein bis hin zur Problemverleugnung**

Ein besonderer Faktor ist die teils problemverleugnende Einstellung von Verantwortungsträger in Einrichtungen wie Schulen. Gerade in kulturell weitgehend geschlossenen Gegenden (Eichsfeld) wird das Problem „rechter Jugendlicher“ in der Tendenz als weniger problematisch betrachtet.

### **8.1.2. Sperriger Zugang zu einem unpopulären Thema: Unsicherheiten abbauen**

Eine weitere Herausforderung besteht im Zugang zum Thema. Das gilt sowohl für Einrichtungen der Jugendsozialarbeit als auch für die Vereine und Verbände der Jugendarbeit. Entweder will man sich mit dem Thema nicht befassen, weil Unsicherheit im Umgang mit rechten Jugendlichen vorherrscht. Oder es fehlt der Zugang zu rechten Jugendlichen. Insbesondere Mitarbeitende in Einrichtungen der Jugendsozialarbeit haben zwar Berührungspunkte mit rechten Jugendlichen, sie sind jedoch häufig überfordert. Repressive Maßnahmen sind oftmals die einzigen Handlungsweisen. Sie verstärken in der Regel das Problem.

## 8.2. Politische Bildung

### 8.2.1. Politische Bildung: Paradigmenwechsel angesagt

Die Träger politischer Bildung sollten ihrerseits den Blick öffnen und hinwenden zu Jugendverbänden, die zumindest Kenntnisse haben vom rechten Milieu. Es besteht die Gefahr, dass die bei Trägern der Politischen Bildung vorhandenen Kompetenzen zu wenig oder keine Anwendung finden bei der Präventionsarbeit. Politische Bildung braucht in vielen Bereichen einen Paradigmenwechsel. Die schleichende Gefahr der Enddemokratisierung gerade bei der jungen Generation, insbesondere im Osten, erlaubt es nicht mehr, Politische Bildung nur als bürgerzentrierte „Fortbildung für gesellschaftlich integrierte Kreise“ aufzufassen und lediglich hier einen Schwerpunkt im Angebot der Politischen Bildung zu setzen!

### 8.2.2. Politische Bildung nicht hinreichend auf rechtes Klientel ausgerichtet

Das Thema der Zusammenarbeit von Jugendsozialarbeit und Jugendverbandsarbeit steht vor großen, insbesondere strukturbedingten Herausforderungen. Nach derzeitigem Erkenntnisstand wird nur die Integration der klassischen Politischen Bildung die bestehenden strukturbedingten Defizite ausgleichen können. Allein schon aus Ressourcen Gründen. Allerdings scheint die derzeit bestehende Struktur der Politischen Bildung ihrerseits nicht hinreichend vorbereitet auf die Veränderungen in der neuen rechten Jugendszene. Die Politische Bildung hat enorme Zugangsprobleme zu diesem Klientel: Das heißt, sie muss ihre Strukturen ändern, ihre Formate auf dieses Klientel ausrichten.

Zudem besteht aus Sicht eines Trägers der Politischen Bildung unter den derzeitigen Förderbedingungen wenig Anlass, sich mit dem Thema rechte/rechtsextreme Jugend aktiv und im Feld auseinanderzusetzen und entsprechende Angebote zu entwickeln. Das ist ein grundsätzliches Problem der am Status Quo ausgerichteten Politischen Bildung. Jene Zielgruppen, die einer besonderen Förderung



bedürfen, rufen gleichzeitig einen besonders hohen Aufwand hervor (Zugang zum Klientel, Prävention, Imagefragen der jeweiligen Einrichtung etc.).

In der Regel sind öffentlich geförderte Einrichtungen der Politischen Bildung nicht auf das Klientel ausgerichtet, sie machen also keine Angebote. Andererseits wird sich das gefährdete Klientel nicht auf Angebote der klassischen Politischen Bildung einlassen, da sie aus deren Sicht ja das „Schweinesystem“ repräsentieren. Dennoch sollten öffentlich geförderte Einrichtungen der Politischen Bildung entweder mit entsprechenden Anreizen der Förderung ausgestattet werden oder sogar verpflichtet werden, einen bestimmten Teil ihres Angebots für das gefährdete Klientel anzubieten!

### **8.2.3. Politische Bildung für rechtes Klientel öffnen**

Auszuloten gilt ferner, wie sich die politische Jugendbildung dem Thema öffnen kann. Die Beziehung Jugendverbandsarbeit, Jugendsozialarbeit und Politische (Jugend)Bildung sollten ihre gegenseitigen Entwicklungspotenziale ausloten. Die Erfahrungen des Modellprojektes belegen, dass seitens der klassischen Politischen Bildung gewisse Abgrenzungstendenzen vorherrschen. Die Politische Jugendbildung erreicht nicht jene Jugendliche, die besonders in der Gefahr stehen, in rechte geschlossene Kreise abzurutschen. Ganz allgemein lässt sich ein Trend zur Abgrenzung der drei Handlungsfelder voneinander feststellen. Auch dieser Sachverhalt würde eine neue fachpolitische Debatte rechtfertigen.

### **8.2.4. Zugangsprobleme und strukturbedingte Probleme der Politischen Bildung**

Ferner existiert ein Zugangsproblem zu rechtsmotivierten Jugendlichen: Angebote an Politischer Bildung sind leichter an Zielgruppen auszurichten, die a priori ein bestimmtes Bildungsinteresse mitbringen. Angebote der Politischen Bildung, die präventiven Charakter haben, sind nicht nur von der Konzeption aufwändig, sie sind auch kaum planbar, was das Erreichen formaler Ziele angeht. Weiterhin

besteht die Hürde, dass etablierte Einrichtungen/Häuser der Politischen und Erwachsenenbildung auch in der ständigen Aufmerksamkeitsökonomie um „den Ruf“ der Einrichtung fürchten, wenn rechte Jugendliche Teil des Bildungsprogramms sind (selektive Tendenzen).

### **8.3.5. Vernachlässigte Zielgruppe: die Logik der öffentlich geförderten Politischen Bildung**

Die Zielgruppe benachteiligter und rechtsorientierter Jugendlicher steht nicht primär im Focus institutionalisierter Einrichtungen der klassischen Politischen Bildung: Die auf komplexe Bildungsbedürfnisse abgestimmten Bildungsangebote erreichen dieses Klientel kaum. Das liegt sicher auch daran, dass der Aufwand für Format und die pädagogischen Herausforderungen immens sind und sich daher für stationäre Einrichtungen der Politischen Bildung „nicht rechnen“. Die Modellprogramme auf Bundesebene sollten institutionalisiert und auf eine breitere finanzielle Basis gestellt werden. Dabei gilt es, insbesondere ländliche Räume in den Blick zu nehmen. Hier lässt sich das Paradox feststellen, dass dort die Dominanz rechter Jugend besonders hoch ist, gleichzeitig die Zahl von Institutionen außerschulischer Bildungsinstitutionen hingegen sehr gering ausgeprägt ist.

# 9. Jugendsozialarbeit / Jugendberufshilfe und Bundesagentur für Arbeit

## 9.1. Einrichtungen der Jugendberufshilfe: Inkompatibilitäten in der Praxis

Einrichtungen der Jugendsozialarbeit können ob ihres sozialpädagogischen Personals zwar zumindest die Grundvoraussetzung für einen pädagogischen und präventiven Zugang zu der Zielgruppe herstellen; allerdings fehlt oftmals die Erfahrung auf der Ebene der politischen Auseinandersetzung mit rechten Jugendlichen! Sie sind auch nicht sonderlich motiviert, hierin den Schwerpunkt ihrer beruflichen Praxis zu sehen, ist doch ihr Auftrag vorrangig, Jugendliche bei der beruflichen Integration zu unterstützen.

## 9.2. Kein Bestandteil der Ausbildung in Einrichtungen der JSA

Andererseits – und das ist ein grundsätzlicher Mangel – sind in den curricula von Einrichtungen der Jugendsozialarbeit/berufsbezogener Jugendhilfe keine Maßnahmen der Politischen Bildung oder Präventionsarbeit vorgesehen: Hier müsste – so eine Hauptforderung – sich die Ausschreibungspraxis der Agentur für Arbeit ändern in der Form, dass bei Ausschreibungen von Maßnahmen zumindest die Möglichkeit besteht (je nach Bedarf), entsprechende Maßnah-

men der Präventionsarbeit/Politischen Bildung organisieren und refinanzieren zu können.

### **9.3. Ausschreibungspraxis der Bundesagentur an neue Gegebenheiten anpassen**

Eine besondere Herausforderung bei der Anbahnung von Kooperationsmaßnahmen mit Vertretern von Einrichtungen der Jugendsozialarbeit ist deren systembedingter geringer Gestaltungsspielraum. Hier gilt es, eine fachpolitische Debatte einzufordern. Bei Ausschreibungen von Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit müssen gesellschaftliche Entwicklungen Bestandteil der Maßnahme, resp. Ausschreibung werden.

### **9.4. Strukturelle Veränderungen in der Förderpolitik angesagt: Pflicht- statt Kürleistungen in Einrichtungen der JSA**

Das Thema „rechte und rechtsextreme Jugend“ hat eine derart gesellschaftspolitische Dimension und ein Gefährdungspotenzial, dass ein grundsätzliches Umdenken auch seitens staatlicher Förderpolitik angesagt ist: Sowohl in allen Schularten als auch und gerade bei Einrichtungen der Jugendsozialarbeit/berufsbezogener Jugendhilfe ist dem Thema der entsprechende Raum einzuräumen: Das muss geschehen durch Formen der institutionellen Förderung; durch Schaffung eines eigenen Bereichs „Demokratielehre“ (Arbeitstitel), Präventionsarbeit und die Schaffung von Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Einrichtungen. Eine eher gelegentliche Reaktion auf bestimmte Vorfälle der rechten Szene ist nicht hinreichend, im Gegenteil: Die Erfahrung belegt, dass jede Form von „Kürleistungen“ eher zu einer Vernachlässigung oder gar Verharmlosung der tatsächlichen Bedrohungslage führt. Auf Freiwilligkeit ausgerichtete Konzepte (Ehrenamtliche in der JVA) können das Problem „rechte Jugend“ nicht erfolversprechend angehen!

## 9.5. Konsequenzen für die Ausschreibung von Maßnahmen der Agentur für Arbeit: Besonderer Akzent bei Einrichtungen der Jugendberufshilfe

Besonders anfällig für rechtsextreme Szenen sind Jugendliche, die in der Orientierungsphase sind und aus sozialproblematischen Umfeldern kommen, die in eher regional wenig diversifizierten kulturellen Räumen aufwachsen.

Solche Jugendliche finden sich verstärkt in Einrichtungen der berufsbezogenen Jugendhilfe: Die Ausschreibungen von entsprechenden Maßnahmen der Agentur für Arbeit müssen daher so ausgerichtet sein, dass auch und gerade die betreffenden Einrichtungen die Möglichkeit erhalten, nicht nur präventiv zu agieren! Das bedeutet auch, dass „Demokratielehre“ (Arbeitstitel) und alle damit implizierten Teilbereiche zentraler Bestandteil der Ausbildungsinhalte von Berufsvorbereitungsmaßnahmen sein müssen! Dies gilt v.a. deshalb, weil das entsprechende Klientel oft nur über diese Einrichtungen erreicht und damit rechtes Potenzial erkennbar wird.

# 10. Politische Bildung im Kontext beruflicher Qualifizierung

Aufgrund der Projekterfahrungen muss die Integration der Politischen Bildung als institutioneller Bereich der beruflichen Förderung mitgedacht werden. Dabei ist auch anzustreben, dass Politische Bildung bei entsprechenden Einrichtungen der Jugendsozialarbeit verpflichtender Bestandteil des Angebotes wird. Denn eine berufliche Integration (Einrichtungen der Jugendberufshilfe, Berufsbildungswerke) ist nicht erreichbar ohne eine entsprechende Integration in politische Beteiligungsprozesse. Jugendliche, die grundsätzlich das demokratische System ablehnen, haben aufgrund ihrer individuellen Grundhaltung und rassistischen Einstellung das Problem, sich schlecht in betriebliche Abläufe/Betriebe integrieren zu können und weisen ebenfalls Probleme bei der beruflichen Aus- und Fortbildung auf.

## 10.1. Herausforderungen für JSA und JVA: Grenzen

Bei der Frage des Zugangs zu rechtsanfälligen Jugendlichen stellt sich für die Jugendverbandsarbeit und die Jugendsozialarbeit das grundsätzliche Problem, adäquat mit den Herausforderungen „rechte Jugend“ umzugehen. Beide Systeme, Jugendverbandsarbeit und Jugendsozialarbeit, haben in der Beschäftigung mit rechtssoffensiven Jugendlichen nicht ihren originären Auftrag. Für die JVA

stellt sich abgesehen davon die Frage, ob überhaupt an sie der Anspruch herangetragen werden kann und darf, sich mit dem Problem „rechte Jugend“ als Präventionsauftrag zu beschäftigen. JVA entscheidet autonom über ihre Handlungsfelder. Problematisch erscheint daher jede Form von politischer und gesellschaftlicher Erwartungshaltung!

## 10.2. Kooperation von Einrichtungen und Ämtern

Gemessen an der Problemstärke und den unterschiedlichen Wirkungen und zum Teil sich selbstverstärkenden Einstellungen von rechten Jugendlichen ist v.a. ein öffentliches Bewusstsein gefragt – das jedoch aus Sicht von Fachleuten nicht hinreichend vorhanden ist: Viel zu oft werden die unterschiedlichen Erscheinungsweisen rechter Aktionen von Jugendlichen auch von öffentlichen Stellen und Ämtern eher verharmlost<sup>26</sup>. Bedeutsam ist als erster Schritt eine Zusammenarbeit von unterschiedlichen öffentlichen Ämtern, Schulen und Einrichtungen der Jugendsozialarbeit. Die Jugendverbandsarbeit (Vereine und Verbände) können aus mehreren Gründen nur sehr geringfügig in entsprechende Konzepte eingebunden werden. Sie können auf die Problematik aufmerksam machen, brauchen aber auch Ansprechpartner und Unterstützer. Wie bereits in der ersten Modellphase angedeutet, gibt es mehrere strukturelle Gründe, weswegen der Sektor der Jugendverbandsarbeit nur einen geringen Beitrag bei der Präventionsarbeit leisten kann.

# 11. Fortbildungskonzepte

Folgende Leitlinien sind für die Entwicklung von Fortbildungskonzepten für den Kooperationsbereich JVA und JSA zu berücksichtigen:

## 11.1. Unterschiedliche Anforderungen

Das rechte Milieu ist vielschichtig: Jugendliche, die bereits in geschlossenen rechten Zirkeln integriert sind, können über die JVA nicht mehr oder kaum noch erreicht werden. Hier bietet die JSA vielleicht noch einen Ansatzpunkt, allerdings hat sich in der Projektphase gezeigt, dass rechtsmotivierte Jugendliche sich in Einrichtungen des JSA eher zurückhalten und wenn, dann nur unbemerkt von Pädagoginnen und Pädagogen in Einrichtungen in Erscheinung treten: Hier wird die Bedeutung der „Sozialen Netzwerke“ bedeutsam als neue Form der Aktivitäten rechter Jugendlicher.

Ein Fortbildungskonzept mit der Stoßrichtung der Prävention lässt sich für Einrichtungen der JSA nur schwer umsetzen. Hierfür fehlen schlicht die Voraussetzungen wie Lehrpläne und Kooperationsmöglichkeiten mit der JVA.

Ferner ist es nicht die originäre Aufgabe der Mitarbeitenden in Einrichtungen der JSA, sich auf dieses Handlungsfeld zu konzentrieren und ggfs. Fortbildungskurse zu besuchen<sup>27</sup>.



Nicht zu unterschätzen sind die Motivationsprobleme, entsprechende Fortbildungsveranstaltungen zu besuchen. Weder Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen in Einrichtungen der JSA noch Ehrenamtliche und Freiwillige der JVA können motiviert werden, im präventiven Bereich gegen rechte Jugendliche tätig zu werden. Häufig wird das Argument genannt, dass „sie nicht der Reparaturbetrieb der Eltern und Gesellschaft“ sind. Davon auszugehen, dass sich JVA und JSA eigenständig mit dem Thema rechte Jugend/Prävention beschäftigen, ist nahezu abwegig.

Teilbereiche, wie etwa Schulsozialarbeit, können nur bedingt in ein wirksames System von Prävention und politischer Initiative eingebunden werden; zum einen, weil schlicht die Ressourcen fehlen, zum anderen, weil Schulsozialarbeit das betreffende Klientel (nach Unterrichtschluss) nicht mehr erreicht. Zudem besteht eine Hemmschwelle, sich mit einem v.a. ideologisch gefestigten Klientel der rechten Szene zu beschäftigen oder gar auseinanderzusetzen<sup>28</sup>.

## 11.2. Unterschiedliche Zielgruppen und Herausforderungen

Bei Fortbildungskonzepten müssen die unterschiedlichen Grade der Eingebundenheit von rechtsanfälligen Jugendlichen in rechte Organisationen mit ihren unterschiedlichen politischen Orientierungen beachtet werden: „Die Rechte“ gibt es nicht. Die feststellbare Intellektualisierung der rechten Jugendszene setzt in der Folge auch ein argumentationssicheres Auftreten von Pädagoginnen und Pädagogen und der Ehrenamtlichen voraus. Das kann nicht selbstverständlich vorausgesetzt werden. Gleichzeitig ist das Potenzial Ehrenamtlicher in der JVA reduziert auf jene, die a priori eine hohe Politisierung aufweisen! Nicht jeder Jugendverband hat den Anspruch, sich politisch zu engagieren und noch geringer ist das Interesse ausgeprägt, sich mit einem Thema wie rechtsextreme Jugendliche zu beschäftigen, das fern vom jeweiligen Satzungszweck des betreffenden Jugendverbandes ist. Dieser Umstand reduziert neben den bereits erwähnten örtlichen Inkompatibilitäten (gibt es in der von rechten

Jugendlichen dominierten Gegend überhaupt Jugendverbände, die sich auch noch des Themas annehmen?) nochmals die Einwirkungs- und Präventionsmöglichkeiten<sup>29</sup>. Auch hier gilt: Die zentrale Voraussetzung für eine erfolgversprechende Entgegnung rechtsmotivierter Aktivitäten und Gewalt ist ein entsprechend ausgebildetes Bewusstsein: bei öffentlichen Stellen und Ämtern, bei Schulen, in der Kommunalpolitik und bei den bisher nur wenigen zivilgesellschaftlichen Organisationen! Prävention kann nur in Schule und Einrichtungen der JSA greifen, also dort, wo das rechtsaffine Potenzial hingehen muss!

### 11.3. Fortbildungsbedarf bei Sozialarbeiterinnen

Während der Modellaufzeit wurde deutlich, dass für die Verantwortlichen beider Systeme Jugendsozialarbeit und Jugendverbandsarbeit Fortbildungsbedarf besteht. Die Agierenden handeln in unterschiedlichen Kontexten, unter unterschiedliche Bedingungen und auch mit unterschiedlichem Klientel mit den jeweils eigenen Herausforderungen. Kooperationen zwischen Jugendverbandsarbeit und Jugendsozialarbeit sind nicht einfach gegeben; ein Mehrwert ist nicht sofort erkennbar. Das erschwert den Beginn von Kooperationen. Auch verschiedene strukturelle Hürden wie unterschiedliche Lebenswelten und unterschiedliche Arbeitsbedingungen (Ehrenamt/freiwillig und hauptberuflich) sind hier zu erwähnen.

Wie bereits festgestellt, besteht v.a. bei Mitarbeitenden in Einrichtungen der Jugendsozialarbeit erheblicher Fortbildungsbedarf. Da sich die rechte Jugendszene mittlerweile strukturell gewandelt hat, nicht mehr so häufig martialisch auftritt, ihre Funktionärsstruktur intellektualisiert und sie auch ihre Aktivitäten vermehrt in die neuen Medien verlagert hat, wird es für Sozialarbeiterinnen zunehmend schwieriger, das Thema kompetent zu bearbeiten oder an das Klientel überhaupt „heranzukommen“. Daher gilt es, ein Fortbildungskonzept zu entwickeln, das auf die besonderen Bedingungen des Zusammenspiels von Jugendsozialarbeit und Jugendverbands-

arbeit abstellt. Genau diese Bedingungen müssen zum Ausgangspunkt entsprechender didaktischer Inhalte gemacht werden.

Zusätzlich bedarf es einer Antwort und entsprechende Instrumentarien auf die Frage der Intellektualisierung der rechten Jugendszene. Ergänzt werden muss der Anforderungskatalog an ein solches Fortbildungskonzept um den Zugang zu kulturell geschlossenen Milieus. Ein universelles Fortbildungskonzept zu entwickeln verlangt eine induktive Herangehensweise. Um Methoden und Arbeitsweisen auszuwählen, die universell anwendbar sind, bedarf es erheblicher Recherchearbeit.

In diesem Kontext sei auf ein systembedingtes Problem hingewiesen, welches auch bundesweite Bedeutung haben kann. Die etablierte und institutionalisierte politische Jugendbildung erreicht in der Regel nicht die für rechtsradikales Gedankengut anfälligen Jugendlichen. Weiterhin lässt sich feststellen: Jene Jugendliche, die besondere Unterstützung benötigen und Erfahrungen in der politischen Mitgestaltung machen sollten und bereits „hochpolitisiert“ sind, grenzen sich bewusst ab von öffentlich geförderten Trägern der politischen Bildung!

Daher stellt sich die übergeordnete Frage, ob die bisherigen Strukturen der politischen (Jugend)Bildung und ihre Finanzierung dem Problem gerecht werden, oder ob nicht sogar die bisherigen Strukturen der Politischen Bildung kontraproduktiv dem Problem gegenüber wirken.

# 12. Prävention: Paradoxe Effekte

Nicht zu unterschätzen ist der zum Teil hohe Grad an Allgemeinbildung bei rechten Rädelsführern! Nicht selten ereignet sich die paradoxe Situation, dass bei Zusammentreffen von Jugendlichen mit rechten Führungskadern, die rhetorische Überlegenheit der Rechten bei den nichtrechten Jugendlichen „einen starken Eindruck“ hinterlässt. Das führt teilweise zu der paradoxen Situation, dass rechtsmotivierte Kader als „hochpolitisch und intellektuell“ eingeordnet werden und daher Jugendliche der JVA daraus die persönliche Schlussfolgerung ziehen, sich auf politischer Ebene nicht mit den rechten Jugendlichen einlassen zu wollen und in der Konsequenz jede politische Auseinandersetzung meiden. Auch so entsteht „rechte Hegemonie“ und bei einigen Jugendverbänden der Wunsch nach einem „politikfreien Raum“ (oftmals eben im Jugendverband)! Auch dieser Sachverhalt führt dazu, dass die Zugangsschwelle von JVA zu rechten Zirkeln erheblich erschwert wird!

Wenn Prävention gegen rechte Tendenzen bei gefährdeten Jugendlichen in der JVA kaum möglich wird, und wenn, dann bestenfalls als primäre Prävention, stellt sich die Frage, welche Institutionen überhaupt gefährdete Jugendliche erreichen?

Maßnahmen der sekundären Prävention sind aus Sicht der JVA nicht umsetzbar, da entsprechende Jugendliche nicht erreicht werden. Das gilt auch für Maßnahmen der tertiären Prävention.

Insbesondere bei Vereinen und Verbänden der JVA zeigt sich ein Effekt, der sie von der Beschäftigung mit rechtsaffiner Jugend und

insbesondere Politik abhält: Rechtsaffine Jugend ist politisch! Politik wird in bestimmten Regionen mit „rechter Einstellung“ gleichgesetzt. Rechte Jugend zieht daraus eine elitäre Grundhaltung und grenzt sich somit von den „nichtpolitischen Jugendlichen“ (Eventgeneration und nur Spaßjugendliche) ab! Die weniger politisch affine Jugend in diesem Klima an Politik und rechte Jugend unter Aspekten der Prävention heranzuführen, ist mit hohem Aufwand und Anstrengung verbunden. In dieser Situation kann ein Jugendverband bestenfalls primäre Prävention betreiben, wobei hierfür angesichts des beschriebenen Effekts das Interesse für Politik im weitesten Sinn nur gering ausgeprägt sein kann!

Es ist daher nicht angebracht, Einrichtungen der JSA und v.a. die JVA mit diesem Anspruch in Verbindung zu bringen, auch wenn ihnen vordergründig hierfür Zuständigkeiten zugeschrieben werden. Das muss Konsequenzen für eine problemadäquate und somit zugangseffiziente Förderungspolitik haben.

Eine nahezu paradoxe Wirkung zeigen präventive Ansätze im Modellgebiet. Wegen des öffentlichen Klimas rechtsfreundlicher Stimmungen und ebenso akzeptierter rechter Ideologie- und Handlungsweisen sind präventive Ansätze nicht unbedingt geeignete Mittel, auch nur eine Sensibilisierung bei gefährdeten Jugendlichen zu bewirken. Rechtsgefährdete Jugendliche müssten sich gegen die Stimmung in der Öffentlichkeit aus einem Konglomerat von Behörden, Schulen und Eltern stellen, würden sie Zielen präventiver Bildungsarbeit folgen. Eine Art „Verhinderungspädagogik“ greift in diesem Kontext rechtsdominanter Stimmungen und öffentlicher rechter Wertedominanz nicht. Präventive Ansätze wirken dann, wenn Jugendverbände auf Grundlage ihres Selbstverständnisses und normativen Wertestrukturen in autonomen Bereichen wirken können. Allerdings schränkt andererseits eine Kooperation der Jugendverbände mit Einrichtungen der Jugendsozialarbeit die jeweilige Autonomie ein.

Präventive Ansätze setzen nicht auf problemfixierte, sondern auf positive Perspektiven und damit an den individuellen Stärken an, sie sprechen damit auch einen bestimmten Habitus bei Jugendlichen an. Das aber ist gerade das Problem der kontrafaktischen Wirkung

präventiver Ansätze in Gegenden mit ausgeprägtem öffentlichen rechten Milieus. Das, was als positiv und resonanzverstärkend von Jugendlichen erlebt wird und sie somit stärkt, ist eben das rechtsdominante öffentliche Klima! Dieses Paradoxon gilt es, bei Ansätzen jeder Form der politischen Bildung und Prävention zu beachten! Abgrenzungen von rechten Milieus sind daher nur mit erheblichem persönlichem Aufwand, Überzeugungskraft und Durchsetzungsvermögen zu leisten! In der Konsequenz führt das zu Abgrenzungsausinandersetzungen im öffentlichen Raum zwischen Akteuren der Jugendverbandsarbeit und öffentlicher Kultur.

Entsprechende Fortbildungskonzepte sollten daher die Sozialisation rechter Jugendlicher zum Ausgangspunkt machen („Stichwort: „Spill over-Effekte“ zwischen sozialem und politischem Erleben).

Die Jugendverbandsarbeit und die Jugendsozialarbeit kann dies nicht leisten, das hat das Modellprojekt belegt.

Demokratiepädagogik, Demokratieerziehung, Demokratieförderung sind angesichts der dramatischen Situation verfestigter rechter Milieus an institutionalisierten Lernorten verpflichtend einzuführen.

Hierbei muss, vergleichbar mit den Maßnahmen der berufsbezogenen Jugendhilfe, die gesellschaftspolitische Problemanzeige maßgebend sein für die Finanzierungsbedingungen und weniger die Verteilung von finanziellen Mitteln nach Kriterien, die vorwiegend der Persönlichkeitsbildung dienen.

# 13. Drei Dimensionen von Problemlagen / Herausforderungen

Analytisch betrachtet ergeben sich drei Dimensionen von Herausforderungen, von denen zwei durch veränderte gesetzliche Rahmenbedingungen angegangen werden können und sollten:

## 13.1. Soziokulturelle Dimension

In ihrer Wirkung sind die Tendenzen der unzureichenden Kenntnisnahme des Problems „rechte Jugendliche/rechtsextremistische Jugendliche“ insbesondere durch öffentliche Stellen, Ämtern, Schulen und politische Funktionsträger wie Bürgermeister\*innen nicht zu unterschätzen. Zum Teil bis zur Leugnung des Problems als solches reicht diese soziokulturelle Dimension. Es besteht teilweise ein Klima der Problemverneinung und auch der bewussten ProbleMLEUGNUNG. In bestimmten Gebieten ist rechtes Gedankengut meinungsprägend für den öffentlichen Diskurs. Das liegt zum Teil auch an den geschlossenen homogenen Milieus, etwa im Eichsfeld, wo aufgrund der soziologischen Strukturen Einstellungen und Verhaltensweisen tradiert werden können, denen kein Gegengewicht von außen entgegentritt und so sich rechte Meinungsdominanz festsetzt. Ohne von außen angestoßene Diskurse werden sich die Verhaltensweisen weiter verfestigen. Man kann durchaus antiliberalen und autoritativ fixierten Verhaltensweisen konstatieren. Politische Bildung im weitesten Sinn muss künftig auf eine andere Struktur aufbauen, als die bisher bestehende!

## 13.2. Kompetenzorientierte Dimension

Das Problem wird verstärkt durch zum Teil eklatant feststellbare Wissensmängel von Schülerinnen und Schüler aller Schulformen, was Demokratie, Rechtsstaatsprinzipien und zivilgesellschaftliches Engagement betrifft. Offensichtlich werden die diesbezüglichen Kenntnisse nicht in den Schulen ausreichend vermittelt.

## 13.3. Strukturelle Dimension

Strukturelle Ursachen der unzureichenden Kooperation zwischen Jugendsozialarbeit und Jugendverbandsarbeit sind die jeweiligen Finanzierungsbedingungen der beiden Systeme. Hier sollte der Gesetzgeber entsprechend tätig werden.

Ferner sollte die Bundesagentur für Arbeit bei ihren Ausschreibungen in bestimmten Gebieten auch unterschiedliche Formen der politischen Bildung als notwendigen Bestandteil von Konzepten der Benachteiligtenförderung verpflichtend fordern und bei Ausschreibungen berücksichtigen.

Ebenso sollte sich die Struktur der Politischen Bildung stärker als bisher auf das besondere Klientel der benachteiligten Jugendlichen konzentrieren und hier ein neues Handlungsfeld mit den pädagogischen und didaktischen wie strukturellen Herausforderungen angehen. Politische Bildung für dieses gefährdete Klientel wird aufgrund der bisherigen Anreizsysteme systembedingt vernachlässigt. Politische Bildung muss sich jedoch gerade jenen Gruppen zuwenden, die von der demokratischen Kultur besonders weit entfernt sind und Demokratie sogar bekämpfen. Eine Politische Bildung, die diesen Anspruch nicht erfüllt, verliert ihre Existenzbedingung!



# 14. Ausblick: Aufbau eines Netzwerkes und Kooperation mit Fachhochschulen

In Kooperation mit dem Deutschen Jugendinstitut und dem Institut für Demokratieforschung soll nach dem Ende der Modellaufzeit eine Reihe geplant werden, die sich mit den Spezifika der Kooperation zwischen Jugendsozialarbeit und Jugendverbandsarbeit beschäftigt. Dabei sollen zum einen die Ergebnisse der Modellarbeit einfließen, aber auch ein Debattenforum für Expertinnen und Experten beider Systeme eröffnet werden. Das wäre ein weiteres Projekt über die Dauer der Modellaufzeit hinaus. Hierfür müssen allerdings noch Strukturen geschaffen werden, da dieses Vorgehen über den Aktionsradius des Modellprojektes hinausreicht<sup>30</sup>.

Angestrebt wird ferner, das Thema an Fachhochschulen zu platzieren. Notwendig erscheint der Aufbau eines separaten eigenen Netzwerkes in den neuen Bundesländern.

# 15. Literatur

## 15.1. Monographien

Achour, Sabine, Wagner, Susanne  
Wer hat, dem wird gegeben: Politische Bildung an Schulen.  
Berlin, 2019, Friedrich Ebert Stiftung

Gaiser, Wolfgang, de Rijke, Johann,  
Politische und soziale Orientierungen in Ost und West, Empirische  
Befunde in generationaler Perspektive, in: Aus Politik und Zeitge-  
schichte, 69 Jahrgang,  
11. November 2019, S. 49-54

Jaster, Romy, Lanus, David,  
Die Wahrheit schafft sich ab. Wie fake news Politik machen, Stutt-  
gart, 2019

Lessenich, Stephan,  
Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem, Ditzin-  
gen, 2019

Zürn, Michael,  
Autoritärer Populismus vs. Offene Gesellschaft – eine neue Kon-  
fliktlinie? Eine ökonomische, kulturelle und politische Analyse, Böll,

Demokratie und Gesellschaft, Oktober 2018

Interventionen, Zeitschrift für Verantwortungspädagogik, September 2012

Politische Bildung, Journal für Politische Bildung, 2/19

## 15.2. Links

Multimedia und Recht, 2019, Heft 2, Wagner „Das Spiel mit dem Hakenkreuz“

BVerfG: Grundrechtsschutz satirischer Darstellungen-Hitler-Satiren (NJW 1990,2541)

<https://www.politische-bildung-brandenburg.de/themen/die-extreme-rechte/lifestyle/das-hakenkreuz>

[http://www.demokratieundvielfalt.de/wp-content/uploads/2017/02/Kennzeichen\\_und\\_Symbole\\_der\\_rechtsextremen\\_Szene.pdf](http://www.demokratieundvielfalt.de/wp-content/uploads/2017/02/Kennzeichen_und_Symbole_der_rechtsextremen_Szene.pdf)

## 15.3. Briefe: öffentliche Angelegenheiten

Fraktionsgemeinschaft Die Grünen und Soziale Initiative Pößneck, Antrag an den Stadtrat Pößneck, Sozialarbeiterinnen, 15 September 2018

## 15.4. Interviews

Interviews wurden geführt bei der Polizeidirektion in Pößneck, an den Grund- und Hauptschulen in Pößneck, mit einem Vertreter der Stadtratsfraktion der Grünen in Pößneck und dem Leiter des Ordnungsamtes in Pößneck. Die Aufzeichnungen und Mitschnitte wurden nach der Dokumentation auf Wunsch der Beteiligten gelöscht.

# Erläuterungen

1. Ergebnisse der Auswertung qualitativer Interviews. Interviews wurden mit den jeweiligen Interviewten alleine geführt.
2. Den Interviewten wurde Anonymität zugesichert: Ohne diese Zusicherung wären bestimmte Aussagen nicht möglich gewesen, gerade in öffentlichen Einrichtungen war auf Seite der Mitarbeiter- und Mitarbeiterinnenschaft ein erheblicher Belastungsdruck erkennbar, angesichts von verschiedenen Vorfällen im rechten Lager zeugt das von erheblichen Druck, dem die Mitarbeitenden ausgesetzt sind!
3. Beispielhaft hier die Äußerung eines Kioskbesitzers, der Jugendliche auf die Verwendung von nationalsozialistische Kennzeichen hinwies und darauf auch über die Neuen Medien bedroht wurde, und zwar auch so massiv, dass eine Mitarbeiterin des Kiosk kündigte.
4. Eine örtliches Vorstandsmitglied eines Jugendverbandes bestätigt die „erschreckende Kenntnislosigkeit der Jugend über den Nationalsozialismus“; und dies bei Jugendlichen, die sich in Jugendverbänden engagieren und denen ein vergleichsweise höheres gesellschaftspolitisches Interesse und zivilgesellschaftliches Engagement unterstellt werden kann.
5. Ein Polizist bestätigt, dass „Judenwitze in der DDR alltäglich“ waren.
6. Verschiedene Vertreter von Polizei und Lehrerinnen und Lehrer beklagen insbesondere bei älteren Bürgerinnen und Bürgern, dass sie kein Interesse an Fortbildungsmaßnahmen aller Art aufbringen. Vielmehr verharren sie in apathischen Zuständen, gestalten auch ihre eigenen Lebensräume nicht, und auch Aktivitäten in Vereinen etc. sind nur sehr gering ausgeprägt.
7. Ein Polizist bestätigt, dass es häufig vorkommt, dass Bürgerinnen und Bürger die Ansicht äußern, die Polizei müsse von sich aus Anzeigen aufnehmen gegen Straftaten im öffentlichen Raum: Das bestätigt das ausgesprochene Delegationsverständnis vieler Bürgerinnen und Bürger und gleichzeitig die immer noch gering ausgeprägte Zivilkultur.
8. Das bestätigt auch ein Leiter eines Ordnungsamtes, der, obwohl in dieser Gegend sozialisiert, sich immer wieder neu darüber wundert, was Bürgerinnen und Bürger alles für Angelegenheiten an öffentliche Ämter delegieren wollen oder die Erwartungen hegen, dass selbst auch private Angelegenheiten nicht privat, sondern durch öffentliche Stellen zu regeln sind.
9. Bestätigt wird von Polizisten, dass sich Kollegen die alte DDR zurückwünschen. „Da war alles geregelt und ein ständiges Schielen auf Gesetze wie heute nicht nötig.“
10. Ein Vertreter der Partei Bündnis 90/Die Grünen, der sich im jugendlichen Milieu zu Hause weiß, berichtet, dass jede Form der Kritik oder sogar Anzeigen bei der Polizei gegen rech-

te Straftaten zu persönlichen Nachteilen bis hin zu Bedrohungen führen können.

11. Bei den Interviews wurde von einer Grundhaltung gesprochen, die sich als Konglomerat von mangelndem Mut, Spießertum, Unterwürfigkeit, Wegducken und unzureichender demokratiekultureller Grundhaltung äußert.
12. Kennzeichnend, dass Erwachsene am Fenster diese Vorfälle eher noch bestätigen.
13. Besonders junge Menschen ziehen einen großen Nachteil aus der geografischen Abgeschiedenheit ihres Wohnortes. Ihre mangelnde Mobilität lässt große Städte und die mit ihnen verbundene große Politik weit entfernt erscheinen. Sie sind nicht unbedingt von der restlichen Gesellschaft abgehängt, doch betreffen die größeren Debatten sie in den wenigsten Fällen. So bleibt dennoch eine Resignation den politischen Entscheidungsträgern gegenüber. Auch sind die jungen Menschen im ländlichen Raum nicht unangagiert, jedoch befassen sie sich fast ausschließlich mit Themen aus ihrem direkten Lebensumfeld.
14. Ein Leiter eines Ordnungsamtes erklärt folgendes Phänomen: Menschen, die schon vor Jahrzehnten aus beruflichen Gründen in den Westen zogen und zum Beginn der Rente in ihre Herkunftsgegend im Osten zurückkehren, zeigen sich verwundert, dass nun die Zustände seien wie „im Westen“ (multikulturell, Ausländer etc.). Dabei seien sie ja in den Osten zurückgekehrt, um gerade das nicht mehr zu erleben“ (also: homogenes Milieu statt multikulturelle Gegebenheiten).
15. Die Situation erinnert an die entsprechenden Beschreibungen in: „Der Untertan“, Heinrich Mann.
16. Ein Lehrer sprach von einer ausgeprägten „Wurschtigkeit der Eltern, was ihre Kinder betrifft“.
17. Verwiesen sei darauf, dass die Stadt trotz nichtoriginärer Zuständigkeit durchaus Stellen in diesem Bereich fördern kann, sofern der politische Wille gegeben ist!
18. Vgl. Gaiser, de Rijke, Aus Politik und Zeitgeschichte, Gleichwertige Lebensverhältnisse, 69 Jahrgang, 11 November 2019, S. 49.
19. Wie niederschwellig eine Eskalation zu rechtsmotivierter Gewalt sein kann, erläutert ein politisch aktiver Liberaler, der beobachtete, wie durch geschickte Rhetorik in einem öffentlichen Raum ohne erkennbaren Widerstand gegen rechte Propaganda Hetzparolen ganz selbstverständlich eine Masse von Bürgerinnen und Bürgern „in Bewegung“ setze auf vermeintliche Linke, die es zu verprügeln galt!
20. Siehe hierzu Kapitel 13 „Ergebnisse (Auswahl)“
21. Hier werden folgende Abkürzungen verwendet: für „Jugendsozialarbeit (JSA).

- Für Jugendverbandsarbeit (JVA).
22. Gewohnte Verhaltensweisen sollten aufgebrochen werden, der Blick auf neue Einstellungen zu bestimmten Fragen eröffnet werden.
  23. Nähere Ausführungen hierzu sind eigens dokumentiert.
  24. Von einem schwer fassbaren Phänomen berichten Mitarbeitende in Einrichtungen der Jugendsozialarbeit: Sie sprechen von einer Diskriminierung von Geflüchteten durch Ämter, Institutionen und Vermieter. So wird etwa bei Vandalismusvorfällen in der Regel der Geflüchtete beschuldigt. In diesem Klima fällt es umso schwerer, Vertrauen unter Jugendlichen unterschiedlicher Kulturen herzustellen. Jugendverbandsarbeit ist hier strukturell schnell an ihren Grenzen angelangt.
  25. Journal für politische Bildung, Demokratieförderung, 2/19, S. 10-15
  26. Beispielsweise besuchte am 15. Januar 2020 der zuständige Innenminister von Thüringen Pößneck wegen der Gründung einer „Adolf Hitler-Jugend“, die sich angeblich aufgelöst hatte. Nach Ende des Besuchs des Ministers haben Jugendliche am Marktplatz von Pößneck erneut Adolf Hitler- Parolen gebrüllt und so demonstriert, dass die Auflösung der Adolf Hitler-Jugend keineswegs stattgefunden hat. Eine besondere Gegenreaktion gab es nicht seitens Polizei oder Stadt: Das zeigt das geringe wie nicht vorhandene Problembewusstsein!
  27. Auch die Lehrerinnen von Grund- und Regelschule betonten im Interview, dass sie schlicht nicht die Zeit haben, Fortbildungskurse zu belegen.
  28. Genannt werden als Gründe: mangelnde Kenntnis über das Thema, Motivationsprobleme, Angst vor Überforderung und die Tatsache, sich damit nicht profilieren zu können in einem Umfeld, das eher rechtsaffin eingestellt ist. Das ist eine besonders gefährliche Entwicklung.
  29. Symbole, Codes, Musik, Personen, Orte der rechten Szene sind vollkommen unbekannt. Keiner der Kooperationspartner wurde im Rahmen seiner Ausbildung darüber aufgeklärt und auch die jeweiligen Arbeitgeber scheinen an Weiterbildungen auf diesem Gebiet kein Interesse zu haben. So ist es verständlich, dass die rechte Szene als solche gar nicht erkannt werden kann, da die Verantwortlichen mit deren Schrift- und Zeichensprache nicht vertraut sind.
  30. Am 4. September 2018 fand eine bundesweit ausgeschriebene Fachtagung in Frankfurt/M statt. Hierzu konnten führende Wissenschaftler aus dem Hochschulbereich, aber auch von Instituten, gewonnen werden. Aufgrund der niedrigen Teilnehmerinnenzahl wurde die Veranstaltung nicht wie ursprünglich geplant als Zweitagesveranstaltung durchgeführt, sondern als eintägiges Expertinnengespräch. Die Projektleitung entschloss sich, die Fachtagung nicht abzusagen, allein schon, um kein „falsches Signal“ hinsichtlich der Bedeutung des Themas zu setzen. Das notgedrungen veränderte Format eines Expertengesprächs ist insofern nachhaltig, als durch die Kontakte zu den Hochschullehrern das Thema der Kooperation von Jugendsozialarbeit und Jugendverbandsarbeit auch an der Hochschule platziert werden kann. Mit dem Direktor des Instituts für Demokratieforschung in Halle wird zudem angestrebt, einen überregionalen Kooperationsverbund aufzubauen. Es stellte sich während des Expertinnengesprächs u.a. heraus, dass dieses Thema entsprechend seiner Bedeutung nicht in der sozialen Infrastruktur angekommen ist. Ferner wird überlegt, ob mit dem Institut in Halle auch empirische Studien über das Ende der Projektlaufzeit hinaus durchgeführt werden können.

Das Kolpingwerk Deutschland ist ein katholischer Sozialverband, dem bundesweit über 225.000 Mitglieder in 2.350 Kolpingsfamilien angehören, davon mehr als 40.000 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im Bereich der Kolpingjugend. Es ist Teil des Internationalen Kolpingwerkes und des Kolpingwerkes Europa.

Im Sinne Adolph Kolpings will der Verband Bewusstsein für verantwortliches Leben und solidarisches Handeln fördern. Dabei versteht sich das Kolpingwerk als Weg-, Glaubens-, Bildungs- und Aktionsgemeinschaft. Schwerpunkte des Handelns sind die Arbeit mit und für junge Menschen, unser Engagement in der Arbeitswelt, das Zusammenwirken mit und der Einsatz für Familien und für die Eine Welt.

## **Bisher erschienen**

### **Band 1**

Arbeit neu begreifen – Sozialpolitisches Grundlagenpapier

### **Band 2**

Kölner Gespräche 2006 – „Verfassungspatriotismus und Leitkultur“

### **Band 3**

Kölner Gespräche 2007 – „Die Kirche und das liebe Geld“

### **Band 4**

Ehe - Familie - Lebenswege – Herausforderungen für das  
Kolpingwerk – Grundlagenpapier

### **Band 5**

Das Herz zum Pfande eingesetzt – Festakademie aus Anlass des  
80. Geburtstages von Generalpräses a. D. Prälat Heinrich Festing

### **Band 6**

Bildung – Bildungspolitisches Grundlagenpapier

### **Band 7**

Die Einrichtungen und Unternehmen im Kolpingwerk Deutschland  
– Grundlagenpapier

### **Band 8**

Kölner Gespräche 2011 – „Wählen und regieren in Zeiten der Krise“

### **Band 9**

Kölner Gespräche 2013

Kolping – eine Geschichte mit Zukunft

Festakt zum 200. Geburtstag von Adolph Kolping mit der Rede  
von Bundespräsident Dr. h.c. Joachim Gauck



### **Band 10**

Mut tut gut – Kolpingtag 2015

Ausstellung: Kolping – verantwortlich leben, solidarisch handeln  
– das Kolpingwerk Deutschland

### **Band 11**

Mut tut gut – Kolpingtag 2015

Ausstellung: Wer Menschen gewinnen will, muss sein Herz  
zum Pfande einsetzen – Adolph Kolping und seine Nachfolger

### **Band 12**

Mut tut gut – Kolpingtag 2015

Ausstellung: Die Zukunft gehört Gott und den Mutigen – Adolph  
Kolping 1813 - 1865

### **Band 13**

Auf dem Glauben ruht das Leben – Warum Adolph Kolping ein  
glühender Verfechter des Zweiten Vatikanischen Konzils wäre  
Erzbischof Dr. Ludwig Schick

### **Band 14**

Jugend ohne Kirche – Kirche ohne Jugend  
Impulse für ein neues Kirchenverständnis  
Dr. Hubertus Schönemann

### **Band 15**

50 Jahre Frauen und Männer im Kolpingwerk  
Dokumentation der Veranstaltung Denk-mal am 3. Oktober 2016  
in Frankfurt

### **Band 16**

Kölner Gespräche 2017

Impulse für ein gemeinsames christliches Engagement in der  
Gesellschaft

Prof. Dr. Thomas Sternberg

### **Band 17**

Kölner Gespräche 2018

Deutschland – Einwanderungsland? Welche rechtlichen Rahmenbedingungen braucht Zuwanderung in Deutschland

Prof. Dr. Hans-Jürgen Papier

### **Band 18**

Kompetenzen erkennen und anerkennen

Dokumentation der Fachtagung am 15. September 2016

in Frankfurt a. M.

### **Band 19**

Abschlussbericht zum Modellprojekt

Wie müssen die Bereiche Jugendverbandsarbeit und Jugendsozialarbeit zusammenarbeiten, um rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen zurückdrängen zu können?

## **Impressum**

Kolpingwerk Deutschland

St.-Apernsraße 32, 50667 Köln

T +49 221 20701-0

F +49 221 20701-149

info@kolping.de

www.kolping.de

Verantwortlich: Ulrich Vollmer

Autor: Dr. Victor Feiler

Gestaltung: Renate Wiegels

Köln, August 2020



**Projektleitung:**

Dr. Victor Feiler  
Referat Gesellschaftspolitik  
Kolpingwerk Deutschland  
St.-Apern-Straße 32 50667 Köln

**Gefördert vom:**



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

